

Kasseler Diskussionspapiere

i3 Ideen,
Interessen und
Institutionen im Wandel



Dualer Ausbildungsmarkt in der Corona-Pandemie und benachteiligte Gruppen

Policy Paper –
Arbeitsweltberichterstattung Hessen
Wolfgang Schroeder, Alexander Berzel, Anna Pagel

Nr. **11** 05 / 2021

U N I K A S S E L
V E R S I T Ä T

Fachgebiet
Politisches System der BRD –
Staatlichkeit im Wandel



Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

wir freuen uns, dass Sie auf die neue Ausgabe der *i3* aufmerksam geworden sind. Bei *i3* handelt es sich um eine Reihe politikwissenschaftlicher Diskussionspapiere. Sie werden herausgegeben von Prof. Dr. Wolfgang Schroeder und dem Fachgebiet „Politisches System der BRD – Staatlichkeit im Wandel“ an der Universität Kassel. In unregelmäßigen Abständen finden Sie in den Diskussionspapieren neue Forschungsergebnisse und Beiträge zu aktuellen politikwissenschaftlichen Debatten. Thematisch erwartet Sie ein breites Spektrum an Schwerpunkten mit besonderem Fokus auf die Parteien-, Verbände- und Wohlfahrtsstaatsforschung. Jede Ausgabe behandelt ein für den Lehrstuhl relevantes Thema, das sich perspektivisch etwa mit Wandlungsprozessen in Politikfeldern, Veränderungen von Akteuren und Akteursstrukturen oder dem Wandel von Regieren und Staatlichkeit befasst. Ein gemeinsamer Bezugspunkt, der auch den Titel der Diskussionspapier-Reihe inspiriert, ist der von Max Weber über Rainer M. Lepsius aufgenommene Spannungsbogen, welcher den Wandel von Ideen, Interessen und Institutionen thematisiert. Neben Artikeln von dem Lehrstuhl nahestehenden Wissenschaftler*innen sind auch Gastbeiträge gerne gesehen.

Wir wünschen Ihnen nun eine anregende Lektüre und würden uns freuen, Sie auch bei den nächsten Ausgaben der *i3* wieder als Leser begrüßen zu dürfen. Hinweise, Anregungen und Kommentare nehmen wir gerne über die Redaktionsadresse entgegen.

Das Herausgeber- und Redaktionsteam

redaktion-i3@uni-kassel.de

Herausgeber

Die Kasseler Diskussionspapiere werden von Prof. Dr. Wolfgang Schroeder, Leiter des Fachgebiets Politisches System der BRD – Staatlichkeit im Wandel an der Universität Kassel, herausgegeben.

Prof. Dr. Wolfgang Schroeder

Universität Kassel

Fachbereich Gesellschaftswissenschaften

Fachgebiet Politisches System der BRD - Staatlichkeit im Wandel

Nora-Platiel-Str. 1

34127 Kassel

Erscheinungsweise

Die *i3 - Kasseler Diskussionspapiere – Ideen, Interessen und Institutionen im Wandel* erscheinen in unregelmäßigen Abständen und sind nur als PDF-Version zum Download unter der Adresse <https://www.uni-kassel.de/fb05/i3> erhältlich.

ISSN 2363 - 7250

BERICHTERSTATTUNG ARBEITSWELT HESSEN

Die "Arbeitsweltberichterstattung Hessen" ist am Fachgebiet von Prof. Dr. Wolfgang Schroeder (Universität Kassel) angesiedelt und wird seit Juli 2020 vom Hessischen Ministerium für Soziales und Integration gefördert. Dieses Projekt systematisiert aktuelle Daten und Studien. So wird eine empirische sowie analytisch-deutende Basis gelegt, um die sich vor unseren Augen vollziehende Transformation der Arbeitswelt in Hessen mit ihren branchen-, berufsgruppen- und regionenspezifischen Entwicklungsmustern nicht nur besser zu verstehen, sondern auch im Sinne der Betroffenen beeinflussen zu können.

Autor*innen



Prof. Dr. Wolfgang Schroeder leitet das Projekt der Arbeitsweltberichterstattung Hessen. Er ist Leiter des Fachgebiets Politisches System der BRD – Staatlichkeit im Wandel an der Universität Kassel und Fellow am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB).



Alexander Berzel ist Projektkoordinator der Arbeitsweltberichterstattung Hessen und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fachgebiet Politisches System der BRD – Staatlichkeit im Wandel der Universität Kassel.



Anna Pagel ist wissenschaftliche Hilfskraft am Fachgebiet Politisches System der BRD – Staatlichkeit im Wandel an der Universität Kassel.

Weitere Infos zur Arbeitsweltberichterstattung Hessen und thematische Ausarbeitungen:

<http://www.arbeitswelt.hessen.de/berichterstattung-arbeitswelt-hessen>

Inhalt

1 Die Entwicklung des deutschen Ausbildungsmarktes	6
1.1 Hintergrund und Entwicklung des Ausbildungsmarktes.....	6
1.2 Ungleichheiten und Benachteiligung auf dem Ausbildungsmarkt	11
2 Veränderungen durch die Corona-Pandemie	12
2.1 Der Ausbildungsmarkt in Zeiten der Pandemie.....	13
2.2 Wachsende soziale Ungleichheit in Zeiten der Pandemie.....	15
3 Die Lage in Hessen	17
4 Aktivitäten/Initiativen/Best Practices	21
4.1 Programme des Bundes	22
4.2 Programme des Landes Hessen	25
4.3 Städtische Programme: Fallbeispiel Kassel	26
5 Ausblick und Handlungsempfehlungen.....	28
Literatur	33

Dualer Ausbildungsmarkt in der Corona-Pandemie und benachteiligte Gruppen

Wolfgang Schroeder, Alex Berzel, Anna Pagel

Auf einen Blick: 5 zentrale Erkenntnisse

1. Der **Ausbildungsmarkt** befindet sich in einer **kritischen Lage**. **Erstens** weil **Unternehmen** aufgrund der pandemischen **Unsicherheitssituation weniger Ausbildungsstellen** anbieten. **Zweitens** weil **ausbildungsinteressierte Jugendliche** wegen dieser Unsicherheiten ebenfalls zögern und **Alternativwege wählen**. **Drittens** sind insbesondere **benachteiligte Gruppen** davon betroffen, weil die Ausbildungsplätze, die von ihnen belegt werden, am häufigsten der Streichung zum Opfer fallen. So steht insgesamt **viel auf dem Spiel**.
2. **Im Ausbildungsjahr 2020 lag** die Zahl neu abgeschlossener Ausbildungsverträge mit **467.484** erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik unter 500.000. Den stärksten Rückgang verzeichnen Unternehmen im **Hotel- und Gaststättenbereich, Verkehr und der Lagerei**. Nicht nur die Zahlen der Ausbildungsinteressierten und Ausbildungsverträge sind stark zurückgegangen, sondern gleichzeitig hat sich auch der **Anteil unbesetzter Ausbildungsstellen um 13 Prozent erhöht**. Dies geht auf die **steigenden Passungsprobleme** zurück.
3. Die Chancen **benachteiligter Jugendlicher** werden durch die Pandemie zusätzlich erschwert. Für diese Ausbildungsinteressierten ist das **persönliche Kennenlernen** mit den Betrieben durch beispielsweise Praktika oder Berufsmessen (**Klebeffekt**) entscheidend, um ihre schlechte Ausgangslage zu verbessern. Diese Möglichkeit fällt im Zuge der Eindämmungsmaßnahmen vielfach weg. So hat sich der **Anteil unvermittelter Jugendlicher im Vergleich zu 2019 um 13 Prozent erhöht**.
4. Der **hessische Ausbildungsmarkt ist besonders betroffen** und findet sich bei der Entwicklung zentraler Indikatoren jeweils im **letzten Drittel beim Länderranking**. Dies ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass in Hessen die beiden **Wirtschaftszweige mit dem größten Nachfrage-rückgang** (Gastgewerbe und Verkehr & Lagerei) überproportional stark vertreten sind.
5. Um einer dramatischen Verschärfung im **Ausbildungsjahr 2021 vorzubeugen**, bedarf es weiterer dringender Maßnahmen. Es bestehen **akute Handlungsbedarfe**, um die Chancen von Jugendlichen zu fördern und einen drohenden Fachkräftemangel in Zukunft zu verhindern. Instrumente, die praktiziert werden und ausgebaut werden müssen sind: **Ausbildungsanreize** für **Betriebe**, zusätzliche Maßnahmen zur **Berufsorientierung** sowie zur **Assistenz und Begleitung**. Diskutiert wird auch eine **Ausbildungsgarantie** und Prämien für Ausbildungssuchende.

1 Die Entwicklung des deutschen Ausbildungsmarktes

Das System der dualen Berufsausbildung in Deutschland gilt weltweit als Erfolgsmodell und trägt dazu bei, dass die Bundesrepublik eine der niedrigsten (Jugend-)Arbeitslosenquoten unter den OECD-Ländern vorweisen kann. Dabei wählen 46 Prozent der Jugendlichen die Berufsausbildung als Weg in die Erwerbstätigkeit (OECD-Durchschnitt 24 Prozent), mehr als drei Viertel von ihnen über die duale Ausbildung. Die Ausbildung gilt als ein Garant für den fließenden Übergang ins Erwerbsleben: „Gut 86 % der beruflichen Absolventinnen und Absolventen im mittleren Qualifikationsbereich in Deutschland finden innerhalb der ersten zwei Jahre nach ihrem Abschluss einen Arbeitsplatz. Der OECD-Durchschnitt liegt bei 66 %.“ (Bundesministerium für Bildung und Forschung 2020a, 1f.). Seit der Wiedervereinigung Deutschlands bis zum Jahr 2019 mündeten jährlich stets über 500.000 Jugendliche und junge Erwachsene in das duale System ein. Das Berufsbildungssystem ist eine wichtige Stellschraube für den Erfolg der deutschen Wirtschaft und des deutschen Wirtschaftsmodells.

Seit Anfang 2020 prägt die Covid-19-Pandemie unseren Alltag und stellt sämtliche Wirtschafts- und Gesellschaftsbereiche vor enorme Herausforderungen. Auch vor der beruflichen Bildung machen die Auswirkungen des Virus keinen Halt. Dabei können Unsicherheiten auf allen Seiten identifiziert werden: Wie kommen die Betriebe durch die Krise und was passiert in den besonders betroffenen Branchen? Können alle dualen Ausbildungen beendet und die Auszubildenden übernommen werden? Was bedeuten die wirtschaftlichen Unsicherheiten für die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe? Wie viele Jugendliche finden den Weg in die duale Ausbildung? Und langfristiger gedacht: Wie gelingt es, dass die Maßnahmen der pandemiebedingten Soforthilfe zur Stärkung der Konjunktur die strukturell notwendige Transformation der Wirtschaft nicht ausbremsen?

Sieht man genauer hin, zeigt sich ein Bild, wie es in vielen anderen Bereichen durch die Corona-Krise sichtbar wird und wie wir es bereits im Rahmen des Projekts Arbeitsweltberichterstattung Hessen für die Arbeit im Homeoffice herausgearbeitet haben (Berzel/Schroeder 2021): Benachteiligte Gruppen und Geringqualifizierte sind von den Einschränkungen und deren Folgen für Wirtschaft, Arbeitsmarkt und Gesellschaft besonders betroffen. Wir müssen also spezifischer fragen: Was bedeutet die Pandemie für diejenigen, die ohnehin auf dem dualen Ausbildungsmarkt benachteiligt werden? Welche Fördermaßnahmen gibt es, welche Herausforderungen sind besonders dringlich und was sind erfolgversprechende Ansätze, um gegenzusteuern? Und welche spezifischen Herausforderungen finden wir in Hessen vor?¹

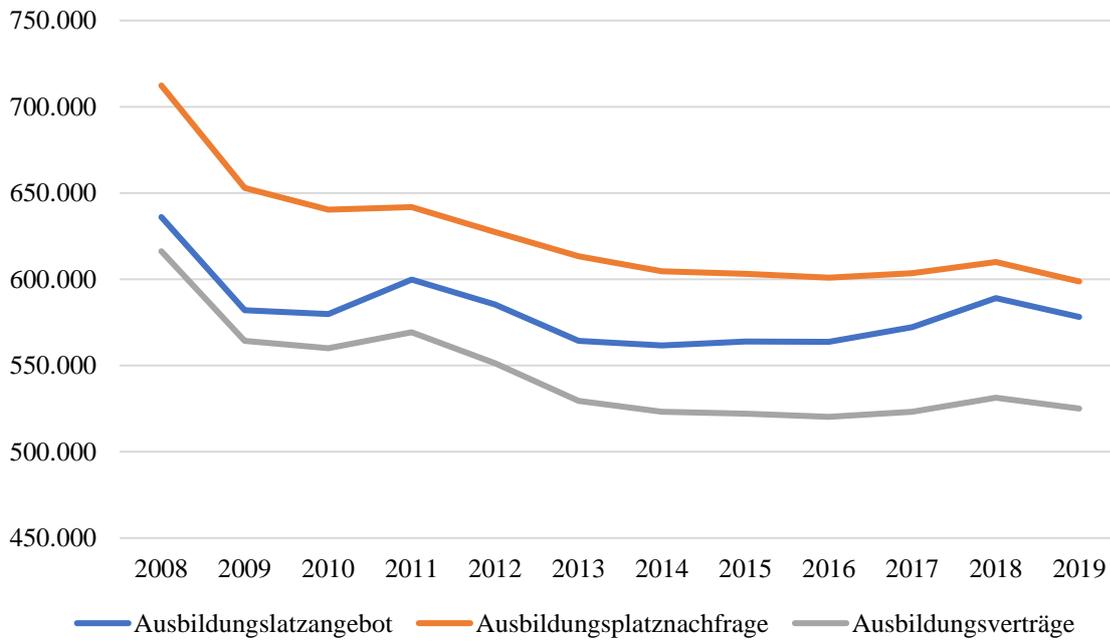
1.1 Hintergrund und Entwicklung des Ausbildungsmarktes

Bevor wir uns im zweiten Abschnitt den Folgen der Corona-Pandemie widmen, möchten wir zunächst herausarbeiten, wie sich der duale Ausbildungsmarkt generell in den vergangenen Jahren entwickelt hat. Für das Zustandekommen von neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen spielt neben der wirtschaftlichen Gesamtentwicklung das Interesse junger Menschen an einem Ausbildungsplatz sowie die Ausbildungsbereitschaft von Betrieben eine zentrale Rolle (Maier 2020, 16). Um interessierte Bewerber*innen und Ausbildungsbetriebe zusammenzubringen und eine möglichst hohe Zahl an neuen Ausbildungsverträgen zu erreichen, sind zudem Berufsberatungsangebote an Schulen und das persönliche Kennenlernen über Praktika, Messen oder Schulbesuche von Relevanz, um die sogenannten Klebeeffekte auszulösen.

¹ Die Situation der schulischen Ausbildung, vor allem in sozialen und pflegerischen Ausbildungsberufen, wird in einem zukünftigen Papier behandelt.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass die Gesamtzahl neu abgeschlossener Ausbildungsverträge grundsätzlich rückläufig ist (vgl. Abbildung 1.1). Zwischen 2008 und 2019 – mit Ausnahme des Krisenjahres 2009 (-8,5 Prozent) – gingen die absoluten Zahlen moderat schwankend, aber stetig von 616.259 auf 525.039 zurück. Auch wenn erst ab dem Krisenjahr 2009 gerechnet wird, ist ein Rückgang von fast 40.000 Verträgen zu konstatieren.

Abbildung 1.1: Der deutsche Ausbildungsmarkt im Zeitverlauf (2008-2019)



Anmerkung: Beim Ausbildungsplatzangebot handelt es sich um die Zahl der abgeschlossenen Verträge + die Zahl der am 30.09. bei der BA noch als unbesetzt gemeldeten Ausbildungsstellen; die Ausbildungsplatznachfrage beinhaltet die Zahl der abgeschlossenen Verträge + die Zahl der am 30.09. bei der BA gemeldeten noch Suchenden.²

Quelle: Eigene Erstellung auf Basis der Daten von Oeynhausen u.a. 2020, 3 und 49.

Der Einbruch bei den Neuverträgen 2008/2009 konnte dabei nie vollständig aufgeholt werden, auch wenn in einzelnen Jahren leichte Zuwächse verbucht werden konnten. Gerade im Bereich Industrie und Handel war diese Entwicklung ausgeprägt (2008-2019: -17,5 Prozent vs. -14,8 Prozent über alle Bereiche hinweg, Bundesinstitut für Berufsbildung 2020a, 46). Dies zeigt eindringlich, wie wichtig ein erfolgreiches Krisenmanagement auf dem Ausbildungsmarkt hinsichtlich der Coronapandemie sein wird. Nachdem die Zahl an neu abgeschlossenen Arbeitsverträgen seit 2011 kontinuierlich zurückgegangen war, wurde in den Jahren 2017 und 2018 ein leichtes Plus verzeichnet. Dieser Trend konnte sich 2019 jedoch nicht fortsetzen und es wurden insgesamt 6.300 Verträge weniger als noch im Vorjahr abgeschlossen (-1,2 Prozent). Es stellt sich folglich die Frage, welche Faktoren im Einzelnen für diesen Rückgang bereits vor der Pandemie ausschlaggebend sind.

Das Ausbildungsplatzangebot bzw. die Ausbildungsbereitschaft hat sich seit 2015 positiv entwickelt, wenngleich sich 2019 schon ein Rückgang dieses Trends abzeichnete (vgl. Abbildung 1.1). Bei der Zahl der ausbildenden Betriebe ist zumindest eine Stagnation der zuvor negativen Entwicklung

² Nach der neuen, erweiterten Definition des BIBB beinhaltet die Zahl der als suchend gemeldeten Personen neben unversorgten Bewerber*innen (in Abgrenzung zu der alten Definition) auch jene, die beispielsweise ihre reguläre Schulbildung verlängern, vorübergehend eine Arbeit verrichten, ein Praktikum absolvieren oder einer ehrenamtlichen Tätigkeit nachgehen, aber nach wie vor nach einem Ausbildungsplatz suchen.

festzuhalten. Waren es 2009 noch 481.135 Ausbildungsbetriebe, schwankt diese Zahl seit 2015 um die 427.000. Damit reduzierte sich die Ausbildungsbetriebsquote von 23,3 Prozent im Jahr 2009 auf 19,7 Prozent im Jahr 2018 (Bundesministerium für Bildung und Forschung 2020b, 26f.). Es gilt jedoch anzumerken und im zweiten Abschnitt auf die aktuelle Krise hin zu untersuchen, dass Betriebe und ihre Ausbildungsbereitschaft bzw. -kapazität mitunter stark von Krisen gehemmt werden können. So sank die Zahl der Ausbildungsplätze im Krisenjahr 2009 um mehr als acht Prozent (vgl. Tabelle 1.1 im Anhang).

Während die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe bis zur Pandemie auf diesem Niveau verharrte, ist die Nachfrage von Jugendlichen nach Ausbildungsstellen, wie Abbildung 1.1 deutlich zeigt, tendenziell rückläufig. Allerdings ist der Rückgang der Ausbildungsnachfrage von Jugendlichen in erster Linie nicht auf einen eklatanten Abfall beim Interesse an Ausbildung zurückzuführen. Diese Entwicklung korreliert in starkem Maße mit dem demografischen Wandel (Bundesinstitut für Berufsbildung 2020a, 25). Gingen 2008 noch 929.500 Jugendliche von den Schulen ab, waren dies 2018 nur noch 812.200 – ein Rückgang um 117.300 Jugendliche bzw. 13 Prozent (Bundesministerium für Bildung und Forschung 2020b, 8).

Zusätzlich zu den Auswirkungen des demografischen Wandels auf den Ausbildungsmarkt lässt sich aber sehr wohl ein sinkendes Ausbildungsinteresse auf Seiten der Jugendlichen feststellen – schließlich ist die Ausbildungsnachfrage in dieser Zeit um 16 Prozent gesunken. Junge Menschen haben anscheinend weniger Interesse daran, eine duale Berufsausbildung zu beginnen, und nehmen stattdessen verstärkt ein Studium auf (Elsholz/Jaich/Neu 2018, 64). Mit der seit Jahren hohen Anzahl an Jugendlichen, die eine Studienberechtigung erlangen, und der stets steigenden Zahl von Jugendlichen, die den Weg an die Hochschule wählen, wird die Frage der Akademisierung der Gesellschaft immer relevanter (Nida-Rümelin 2014). 2011 war die Zahl der Studienanfänger*innen als Folge dieser Entwicklung erstmals auf gleichem Niveau mit der Zahl neuer Ausbildungsverträge – ein „Wendepunkt in der deutschen Bildungsgeschichte“ (Baethge/Wieck 2015, 2).

Dabei wird zwar medial ein besonderer Fokus auf die Notwendigkeit gelegt, die berufliche Ausbildung für Schulabgänger*innen mit Studienberechtigung attraktiver zu gestalten, was in Anbetracht der hohen Studienabbrecher*innenquoten (Studienabbruchquote im Bachelor seit 2006/2007 bei ca. 28 Prozent, im Master seit 2010 auf 19 Prozent verdoppelt – Neugebauer/Heublein/Daniel 2019, 1028–1031) auch nicht falsch sein mag (Elsholz/Jaich/Neu 2018; Maier 2020).³ Dohmen et al. (2021, 4) zeigen jedoch auf, dass der steigende Anteil von Abiturient*innen bei den Ausbildungsverträgen und der Anteil von Abiturient*innen, die sich nach dem Abitur für eine Ausbildung entscheiden, eigentlich gerade zu einem gegensätzlichen Schluss führen müsste: Die duale Ausbildung ist bereits eine sehr attraktive Alternative für studienberechtigte Jugendliche. Während der Anteil von Studienberechtigten an den Auszubildenden 2009 noch bei 20,4 Prozent lag, verfügten 2018 bereits 29,6 Prozent der neuen Auszubildenden über eine Hochschulzugangsberechtigung (Bundesinstitut für Berufsbildung 2020a, 127). Und dies, obwohl der Anteil der Gruppe mit Studienberechtigung unter den Schulabgänger*innen im gleichen Zeitraum lediglich von 46,2 auf 50,6 Prozent angestiegen ist und zuletzt eher rückläufig war. Das Problem scheint also weniger ein quantitatives als eher ein qualitatives Passungsproblem zu sein. Jugendliche mit Abitur haben eine sehr spezifische Vorstellung davon, welche Ausbildungsstelle für sie in Frage kommt. Die Debatte um die Reputation der dualen Ausbildung ist also weniger allgemein zu führen, sondern eher auf bestimmte (handwerkliche) Ausbildungsberufe sowie eine Verbesserung der ausbildungsbezogenen Berufsorientierung an weiterführenden Schulen (Barlovic/Ullrich/Wieland

³ So bietet die IHK Kassel-Marburg etwa ein Beratungsangebot für Studienzweifler*innen an, mit der Zielrichtung, Studienabbrecher*innen für die duale Ausbildung zu gewinnen (Industrie- und Handelskammer Kassel-Marburg o.J.).

2021, 18) zu konzentrieren. Was dies für die Gruppe mit und ohne Hauptschulabschluss bedeutet, gilt es, in Abschnitt 1.2 genauer anzusehen.

Zum generellen Einfluss von ökonomischen Krisen auf das Ausbildungsinteresse von Jugendlichen kann gesagt werden, dass dieses ebenso wie das Ausbildungsangebot in solchen Phasen stark zurückgeht. So zeigte sich direkt nach der Finanzkrise 2009, dass die Schulabschlüsse mit Studienberechtigung stiegen, da Jugendliche häufiger den für sie sicheren Weg wählten und länger im regulären Schulsystem verblieben (Fitzenberger 2020). Folglich ging in dem Jahr die Zahl von Schulabgänger*innen lediglich um 3,9 Prozent zurück, während 8,3 Prozent weniger Jugendliche als noch im Vorjahr an einer Ausbildung interessiert waren. Das stark verminderte Ausbildungsinteresse führte dazu, dass die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge im Jahr 2009 um insgesamt 8,5 Prozent zurückging (Maier 2020, 5).

Neben der demografisch bedingt rückläufigen Nachfrage und der zunehmenden Akademisierung stellen anhaltende Passungsprobleme eine wichtige Herausforderung für den Ausbildungsmarkt dar. Von einem Passungsproblem bzw. *Mismatch* wird gesprochen, wenn Berufsausbildungsstellen und Bewerber*innen nicht zueinander finden und somit Betriebe ihre freien Ausbildungsstellen nicht besetzen können, während Ausbildungsinteressierte⁴ keine passende Stelle finden. Wie virulent die Herausforderung ist, zeigt sich daran, dass 2019 Passungsprobleme in 10 Prozent aller Fälle der Grund für die Nichtbesetzung der Ausbildungsplätze waren und sich die Quote damit seit 2009 verdreifacht hat (Bertelsmann Stiftung 2019a, 20). Dabei lässt sich zwischen dem eigenschaftsbezogenen, dem regionalen und dem berufsfachlichen Mismatch unterscheiden (siehe Infobox).

Eigenschaftsbezogenes Mismatch: Betriebe lehnen Bewerber*innen wegen fehlender Eigenschaften (z. B. schlechtes Schulzeugnis) ab oder die Jugendlichen sehen ihre Präferenzen durch das betriebliche Angebot nicht erfüllt (z. B. Aufstiegsmöglichkeiten oder Image).

Regionales Mismatch: Die Ausbildungsstelle ist für die Ausbildungsinteressierten beruflich passend und die Rahmenbedingungen sind grundsätzlich attraktiv, im regionalen Kontext lässt sich eine Passung zwischen Jugendlichen/Ausbildungsstellen aufgrund fehlender Mobilität aber nicht herstellen.

Berufsfachliches Mismatch: Die angebotenen Ausbildungsstellen entsprechen nicht den Berufswünschen der eigentlich qualifizierten Jugendlichen (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2020, 157). Dies trifft etwa auf Berufe im Hotel- und Gaststättengewerbe oder im Bäckereihandwerk zu. Für Schulabgänger*innen mit Hochschulreife, die durchaus offen sind für eine duale Ausbildung, führt das fehlende Angebot in den meisten Fällen zum Eintritt in ein Hochschulstudium.

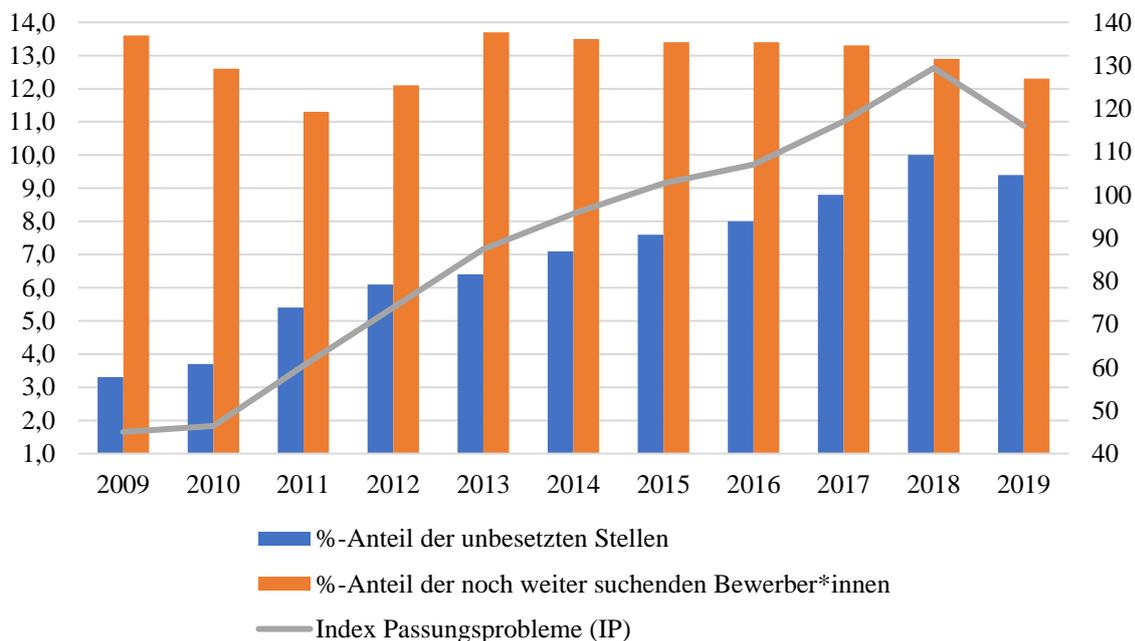
Während die Werte aller drei Arten von Passungsproblemen deutlich zugenommen haben, hat sich ihre relative wie auch regionale Gewichtung verlagert. Dass Ausbildungsinteressierte und Berufsbildungsstellen aufgrund geografischer Trennung nicht zueinanderfinden, kommt mit einem Anteil von knapp einem Viertel (23 Prozent) am seltensten vor. Der Anteil des berufsfachlichen Mismatches hat sich seit 2009 fast verfünffacht: 2018 zählten bereits 34 Prozent aller Fälle zum berufsfachlichen Mismatch. Besonders stark scheint das Problem, dass die angebotenen Stellen aus Sicht der Ausbildungsinteressierten

⁴ Die Zahl der institutionell erfassten ausbildungsinteressierten Jugendlichen schließt alle Personen ein, die entweder einen Ausbildungsvertrag unterschrieben oder aber zumindest zeitweise bei der BA als Ausbildungsstellenbewerber registriert waren, also auch diejenigen, die ihren Ausbildungswunsch noch vor dem 30.09. eines Jahres zurückziehen. Deswegen ist die Zahl höher als die schlussendlich in die Daten einfließende Ausbildungsplatznachfrage zum 30.09. eines Jahres.

unattraktiv sind, in den ostdeutschen Bundesländern (39-54 Prozent) ausgeprägt zu sein. Das eigenschaftsbezogene Mismatch ist mit 43 Prozent das bundesweit am weitesten verbreitete Passungsproblem (ebd., 20f.).

Geografische Disparitäten können mit einer „regional heterogenen Wirtschafts- und Beschäftigungsstruktur in den Ländern (...) [erklärt werden], die zu unterschiedlichen Angebotsstrukturen und damit auch unterschiedlicher regionaler Erreichbarkeit von Ausbildungsangeboten führt“ (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2020, 159). Die Aufschlüsselung nach den unterschiedlichen Passungsproblemen ist auch deshalb wichtig, da je nach Ausprägung unterschiedliche Lösungsstrategien erfolgversprechend sind. Eine Überlegung, die insbesondere für die Betrachtung des hessischen Ausbildungsmarktes in Abschnitt 3 interessant ist.

Abbildung 1.2: Passungsprobleme im deutschen Ausbildungsmarkt (2009-2019)



Anmerkung: Der prozentuale Anteil der unbesetzten Stellen basiert auf der Zahl der unbesetzten Ausbildungsstellen, bei der es sich entsprechend der Definition des BIBB um die Zahl der am 30.09 bei der BA als noch unbesetzt gemeldete Ausbildungsstellen handelt; der prozentuale Anteil der noch weiter suchenden Bewerber*innen geht von der Zahl der erfolglos suchenden Nachfrager*innen aus, die neben den unversorgten Bewerber*innen auch jene mit Alternative umfasst, die aber nach wie vor an einem Ausbildungsplatz interessiert sind. Der IP „berechnet sich (...) als Produkt aus dem Prozentanteil der unbesetzten Stellen am betrieblichen Ausbildungsplatzangebot und dem Prozentanteil der noch suchenden Bewerber an der Ausbildungsplatznachfrage“ (Oeynhausen u.a. 2020, 24).

Quelle: Oeynhausen u.a. 2020, 22 und 49.

Empirisch sieht es so aus, dass der prozentuale Anteil der nicht versorgten Ausbildungsplatznachfrage seit 2009 relativ konstant zwischen 11,3 und 13,7 Prozent pendelt. Das nicht vermittelte Angebot, gemessen am Anteil der unbesetzten Stellen, hat sich im gleichen Zeitraum fast verdreifacht. 2019 war dabei sogar das erste Jahr in dem sich möglicherweise eine Trendumkehr eingestellt hätte, vor allem weil die unbesetzten Stellen zum ersten Mal seit 2009 nicht weiter angestiegen waren (vgl. Abbildung 1.2). Gründe für die nach wie vor hohe Anzahl nicht besetzter Stellen sind bereits genannt worden: Akademisierung, geringe Attraktivität von Klein- und Kleinstbetrieben oder die Ablehnung von Interessierten mit niedrigerem oder ohne Abschluss.

Innerhalb der Kategorie der noch weiter suchenden Bewerber*innen muss ein besonderes Augenmerk auf die gänzlich unversorgten Jugendlichen gelegt werden. Ihre Lage ist besonders prekär, da sie weder im Übergangsbereich noch über andere Wege eine (Überbrückungs-)Alternative finden. Die Gruppe stand 2011 mit 11.366 auf dem niedrigsten Stand des vergangenen Jahrzehnts, wächst seither aber rapide an und hat sich bis zum Jahr 2019 mehr als verdoppelt (24.525) – und das bei einer stetig sinkenden Gesamtzahl von Ausbildungsinteressierten und Bewerber*innen (Oeynhausen u.a. 2020, 49). Während knapp 30 Prozent der unversorgten Bewerber*innen über eine Studienberechtigung verfügten, hatten 31,4 Prozent einen oder keinen Hauptschulabschluss (Bundesinstitut für Berufsbildung 2020a, 36). Um die letzte Gruppe, aber auch weitere benachteiligte Gruppen soll es im nächsten Abschnitt gehen, da diese auch langfristig mit einer weitaus höheren Wahrscheinlichkeit alternativlos bleiben werden.

1.2 Ungleichheiten und Benachteiligung auf dem Ausbildungsmarkt

Die Chancengleichheit im deutschen Bildungssystem zu verbessern, ist ein langer Weg. Es lohnt sich dabei, einen Blick auf das Berufsbildungssystem zu werfen. Könnte es hier vielleicht einfacher sein, sozialer Ungleichheit entgegenzuwirken? Schließlich spricht die Bertelsmann Stiftung (2019a, 6) in ihrer Bestandsaufnahme des Ausbildungsmarktes von der Sicherstellung von sozialer Gerechtigkeit als einer der zwei Kernaufgaben der Berufsbildung. Die berufliche Bildung habe „für individuelle Zugangs- und Teilhabechancen von Menschen mit unterschiedlichen sozialen Merkmalen Sorge zu tragen“ (ebd.). Mit anderen Worten: Ausbildungsmarktpolitik ist (vorbeugende) Sozialpolitik. Doch wie sieht es mit den Chancen geringer qualifizierter Jugendlicher aus?

Mit Blick auf Jugendliche mit niedrigem Schulabschluss ist das Ergebnis ernüchternd. Immer mehr Betriebe setzen für die attraktiven Ausbildungsberufe das Abitur als Zugangsvoraussetzung fest, während sich die Übergangschancen für alle anderen Schulabgänger*innen immer weiter verschlechtern (Dohmen/Hurrelmann/Yelubayeva 2021, 5). Dabei gelingt es weiterhin nicht, insbesondere die Chancen von Jugendlichen mit oder ohne Hauptschulabschluss signifikant zu verbessern. Demnach mündeten 2005 noch 54 Prozent von Jugendlichen mit Hauptschulabschluss in eine Ausbildung. 2018 waren es zwar schon knapp 60 Prozent von ihnen. Doch weiterhin müssen 42 Prozent von ihnen und 70 Prozent jener ohne Schulabschluss den Weg ins Übergangssystem gehen. Von den Jugendlichen mit mittlerem Abschluss und Absolvent*innen mit (Fach-)Abitur hingegen nahmen 2018 jeweils 88 und 97 Prozent erfolgreich eine „vollqualifizierende Ausbildung“ auf (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2020, 160).

Zudem spüren Hauptschulabsolvent*innen den Trend zur Höherqualifizierung in der beruflichen Bildung, indem mehr Bewerber*innen mit Studienberechtigung auf den Ausbildungsmarkt strömen und Geringqualifizierte immer weniger Wahlmöglichkeiten haben. Während sich 2012 lediglich 26 Prozent der studienberechtigten Jugendlichen für eine Ausbildung entscheiden, lag der prozentuale Anteil von Abiturient*innen, die den Weg in die duale Berufsausbildung wählten, in den Jahren 2017–2019 bei 34 oder 35 Prozent (ebd., 16). Damit verdrängen Abiturient*innen Jugendliche mit schlechterem Abschluss in höher nachgefragten Berufen (Baethge 2017). In der Konsequenz bedeutet das: „Rechnerisch standen (..) für jeweils 100 gemeldete Bewerber/-innen mit Hauptschulabschluss nur 65 betriebliche Ausbildungsstellen zur Verfügung. Bei Bewerber/-innen, die einen Realschulabschluss vorweisen konnten, waren es dagegen 150, bei Abiturienten/-innen sogar über 400.“ (Bundesagentur für Arbeit 2020b, 12). Wie bereits festgestellt, finden über 40 Prozent der Jugendlichen mit niedrigem Schulabschluss und 70 Prozent derjenigen ohne Abschluss aus diesem Grund zunächst keine Ausbildungsstelle. Statistisch

fügen sich von ihnen nur wenige in der Kategorie „unversorgte Bewerber*innen“ ein, denn die meisten (2019: 255.300) münden in den Übergangsbereich⁵ (Bundesinstitut für Berufsbildung 2020a, 10).

Darüber hinaus stellt der Ausbildungsmarkt Jugendliche mit sogenanntem Migrationshintergrund⁶ vor große Herausforderungen. Bereits vor über zehn Jahren stellten Beicht & Granato (2009) fest, dass diese überproportional schlechtere Chancen haben, in Ausbildung zu finden – und das bei gleicher Qualifizierung. Untersuchungen der Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2020, 10) bestätigen diesen Befund für das Jahr 2018. Ein Grund für diese Diskrepanz könnte darin liegen, dass Bewerber*innen mit deutsch klingendem Namen bei gleichen Voraussetzungen durchschnittlich mehr Reaktionen auf ihre Bewerbungen als Schulabgänger*innen mit einem türkisch klingenden Namen bekommen, wie eine 2014 erstellte und damals breit in den Medien rezipierte Studie des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) erhob (Schneider/Yemane/Weinmann 2014).

Die Gründe für die Benachteiligung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund auf dem Ausbildungsmarkt sind vielfältig. Sowohl die Betriebsgröße – je größer, desto vorurteilsfreier das Recruiting – als auch die Wahl des Berufs haben demzufolge Einfluss auf den Erfolg von Bewerbungen von Menschen mit Migrationshintergrund. Die Autor*innen der SVR-Studie erkennen Ungleichbehandlungen als „Folge unbewusster Assoziationen, stereotyper Zuschreibungen oder einer Bevorzugung bestimmter Gruppen (...)“ (ebd., 33). Zudem wurden die Art und Weise der Einstellungsverfahren und unbewusste sowie unreflektierte rassistische Strukturen als Gründe erkannt. Kohlmeyer (2019, 31) kommt auf Basis begleiteter Selbstreflexionen und Auswertungen verschiedener Unternehmen zu dem Schluss, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund oft nicht den Erwartungsmustern der Unternehmen entsprechen (Gründe: Codes, Sprachformeln, sicherer Umgang mit Fachbegriffen etc.).

Hinsichtlich der Genderdimension lässt sich ein ambivalentes Bild zeichnen. Zum einen weisen die Zahlen von neu abgeschlossenen Verträgen bei Frauen in der dualen Ausbildung (von 2009 bis 2019 - 20,5 Prozent) einen enormen Negativtrend auf, während die Zahl der Neuabschlüsse bei Männern zuletzt zwar auch leicht sank (-0,9 ggü. 2018), sich langfristig jedoch als weitaus stabiler zeigt (von 2009 bis 2019 + 3,2 Prozent) (Milde u.a. 2020, 44). Darüber hinaus verfügen sie über niedrigere Einmündungschancen als ihre männlichen Mitbewerber, da sich ihre gewählten Ausbildungsberufe über ein weitaus kleineres Spektrum an Berufen erstreckt (Hans-Böckler-Stiftung 2019).

Insgesamt gilt es festzuhalten, dass es nur unzureichend gelingt, benachteiligten Jugendlichen, die motiviert, aber möglicherweise nicht auf dem Niveau anderer Ausbildungsinteressierter vorab qualifiziert sind oder nicht erwarteten Rollenbildern entsprechen, durch passgenaue Programme attraktive, aber machbare Wege in die Berufsausbildung aufzuzeigen. Gleichzeitig sehen wir zwischen den Jahren 2013 und 2018 wieder eine steigende Anzahl von Jugendlichen (Anstieg um 14 Prozent), die ohne Abschluss die Schule verlassen (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2020, 144) und damit noch größere Hürden überwinden müssen, um einen Ausbildungsplatz zu finden.

2 Veränderungen durch die Corona-Pandemie

Das Berufsbildungssystem steht vor vielen Herausforderungen. Kurzfristig sind Antworten auf die coronabedingte Situation notwendig. Zu erkennen ist eine sinkende Ausbildungsbereitschaft auf Seiten

⁵ „Der Begriff "Übergangsbereich" ist ein Sammelbegriff für eine Vielzahl berufsvorbereitender Maßnahmen für Jugendliche, die nach Verlassen der Schule keinen Ausbildungsplatz finden. Die oft einjährigen Qualifizierungsangebote werden überwiegend von Schulabgängern mit Hauptschulabschluss oder ohne Abschluss besucht und sollen deren "Ausbildungsreife" fördern, damit sie anschließend bessere Chancen auf einen Ausbildungsplatz haben.“ (Baethge 2017).

⁶ Die dem Bildungsbericht zugrundeliegende Definition von „Migrationshintergrund“ meint jene Menschen, die qua Geburt keine deutschen Staatsbürger*innen sind oder die mindestens einen Elternteil haben, auf den dies zutrifft (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2020, VIII).

der Betriebe und ein quantitativer Rückgang von jungen Menschen, die an einer Ausbildung interessiert sind. Insbesondere die Situation bereits benachteiligter Jugendlicher auf dem Arbeitsmarkt spitzt sich zu.

2.1 Der Ausbildungsmarkt in Zeiten der Pandemie

Aus Sicht der Betriebe gab es für die Ausbildung zwar einige Einschränkungen hinzunehmen, generell fiel das Feedback in einer IAB-Betriebsbefragung aber verhalten optimistisch hinsichtlich der Folgen durch die Covid-Pandemie aus. In ihrem Bericht Anfang November kamen Bellmann et al. (2020) zu dem Ergebnis, dass die zunächst befürchteten massiven Negativauswirkungen auf den Ausbildungsmarkt deutlich milder ausfielen. Über die Hälfte der 774 befragten Ausbildungsbetriebe gaben an, dass die Krise keinen Einfluss auf die Besetzung ihrer Ausbildungsplätze hatte. Nur zwei Prozent berichteten davon, bereits abgeschlossene Ausbildungsverträge wieder aufgelöst zu haben. Allerdings stellten auch 20 Prozent ihre Suche nach Auszubildenden wieder ein. Insgesamt kam die Untersuchung zu dem Fazit, dass die Ausbildungsqualität in einigen Fällen eingebüßt hat und das Zustandekommen von Ausbildungsverträgen erschwert wurde. Jedoch war dieser Effekt stark branchenabhängig. Insbesondere des Gastgewerbe (u. a. durch Betriebsschließungen und Kurzarbeit) war hier vergleichsweise stark betroffen.

Sieht man sich die quantitative Entwicklung genauer an, wird klar, wie einschneidend die Pandemie auf den Ausbildungsmarkt gewirkt hat. Basierend auf den Dynamiken vergangener Krisen ist davon auszugehen, dass sich viele potentielle Bewerber*innen für einen längeren Verbleib im schulischen Bildungssystem entschieden (Fitzenberger 2020), während Betriebe sich wegen der Pandemie bedingten Planungsunsicherheit gegen ein Ausbildungsverhältnis oder für einen zeitlichen Aufschub entschieden haben (Maier 2020, 3).

Tabelle 2.1 macht deutlich, dass sich diese Kriseneffekte auch 2020 zeigen. Nur dass die gestiegenen Passungsprobleme kombiniert mit den durch Covid-19 selbst ausgelösten Schwierigkeiten bei Berufsorientierung, Vermittlung oder Praxismöglichkeiten einen Sondereffekt erzeugen. Deutlich weniger Jugendliche als noch 2019 haben in diesem Jahr in Deutschland eine Ausbildung begonnen. Mit 467.484 neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen wurden insgesamt 57.555 Ausbildungsverträge weniger gezählt als im Vorjahr. Das entspricht einem Minus von elf Prozent. Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik lag die Zahl damit unter 500.000 (Bundesinstitut für Berufsbildung 2020b, 1). Die genannten elf Prozent Rückgang bei Ausbildungsverträgen sind noch einmal über zwei Prozentpunkte mehr als im Jahr der Finanzkrise 2009 (vgl. Tabelle 2.1). Die Entwicklung ist sowohl auf einen Einbruch beim Angebot als auch in der Nachfrage zurückzuführen. So sind wesentlich weniger Jugendliche als noch im Vorjahr an einer Ausbildung interessiert gewesen (-8,9 Prozent). Die Ausbildungsbereitschaft von Betrieben sank ebenfalls um knapp neun Prozent auf 527.400 angebotene Ausbildungsstellen (Oeynhaus u.a. 2020, 1).

Die BA-Daten weisen darauf hin, dass nicht nur vom Lockdown betroffene Berufe im Friseurhandwerk sowie in Gastronomie- und Hotellerie durch ein reduziertes Stellenangebot beeinflusst waren, sondern auch Metall- und Elektrotechnikberufen sowie Informatik- und kaufmännische Berufe (Bundesagentur für Arbeit 2020c, 5). Dieser Trend setzt sich in den vorläufigen Daten im Frühjahr 2021 fort (Bundesagentur für Arbeit 2021a). Dass sich hier womöglich nicht nur konjunkturelle, sondern auch strukturell-transformative Effekte niederschlagen, zeigt die Handlungsbedarfe am Ausbildungsmarkt deutlich auf.

Tabelle 2.1: Veränderung (zum Vorjahr in Prozent) auf dem Ausbildungsmarkt in Krisenjahren

Jahr	Reales BIP	Angebotene Ausbildungsplätze	Inst. Erfasste Nachfrage nach Ausbildungsplätzen	Neue Ausbildungsverträge	Unbesetzte Ausbildungsstellen	Unvermittelte Bewerber*innen	Schulabgänger*innen aus allgemeinbildenden Schulen
1975	-1,0	-7,0	5,2	2,6	-45,5	46,5	-1,8
1982	-0,4	1,4	7,3	4,3	-46,5	54,9	3,2
1993	-1,0	-9,1	-3,1	-4,2	-32,3	26,9	3,0
2002	-0,2	-7,6	-5,0	-6,8	-26,6	15,4	1,0
2003	-0,7	-3,0	0,4	-2,6	-17,6	26,6	1,2
2009	-5,7	-8,5	-8,5	-8,4	-9,5	-8,9	-3,9
2020	-4,9	-8,8	-8,9	-11,0	12,8	6,1	-4,3

(Prognose)

Anmerkungen: Die Spalte 2020 wurde auf Basis der Werte von Statista 2021 (reales BIP – Prognose), Oeynhausens et al. 2020 (angebotene Ausbildungsplätze, inst. erfasste Nachfrage nach Ausbildungsplätzen, neue Ausbildungsverträge, unbesetzte Ausbildungsstellen, unvermittelte Bewerber*innen) und Kultusministerkonferenz 2020, 55 (Schulabgänger*innen aus allgemeinbildenden Schulen – Prognose) ergänzt.

Quelle: Eigene Erstellung in Anlehnung an Maier 2020, 4.

Einer der entscheidenden Fragen – wo sind die Jugendlichen geblieben – geht die BA in einer Untersuchung von bei ihr registrierten Bewerber*innen nach. Dabei sind es 52 Prozent der registrierten jugendlichen Ausbildungsinteressierten, die nicht in eine Ausbildung mündeten, dies ist der höchste Wert der letzten Jahre – drei Prozentpunkte höher als im Vorjahr. Ein Drittel von ihnen entschied sich stattdessen für einen Verbleib in der Schule, ein Praktikum oder ein Studium. 4 Prozent mündeten in eine geförderte Qualifizierung im Übergangsbereich, 14 Prozent nahmen eine Arbeit auf, 10 Prozent meldeten sich arbeitslos, 4 Prozent engagierten sich in gemeinnützigen und sozialen Diensten und 12 Prozent blieben als unversorgte Bewerber*innen auf der Suche nach einer Ausbildung. Bei einem Viertel der Ausbildungsinteressierten blieb der Verbleib unbekannt⁷ (Bundesagentur für Arbeit 2020b, 13).

Abbildung 2.1: Verbleib der Ausbildungsinteressierten, die nicht in eine Ausbildung münden



Anmerkung: Die Prozentwerte sind gerundet, weshalb die Summe von 100 Prozent abweicht.
Quelle: Eigene Erstellung auf Basis von ebd.

⁷ Die BA/BIBB-Bewerber-Befragung zeigt exemplarisch für 2019, was hinter der Kategorie der Unbekannten steckt: 12% berufliche Ausbildung; 20% Erwerbstätigkeit; 17% Schule, Studium, Praktikum; 4% Freiwillige Dienste; 5% Fördermaßnahmen; 11% Sonstige; 31% arbeitslos (Bundesinstitut für Berufsbildung 2019).

Ein Blick auf die Branchenverteilung der Ausbildungsverträge zeigt: Während der Rückgang im insgesamt stark vom demografischen Wandel betroffenen Handwerk mit 7,5 Prozent vergleichsweise moderat ausfiel, verzeichnen Industrie und Handel einen besonders hohen Rückgang an Verträgen von knapp 14 Prozent. Wie bereits beim Stellenangebot adressiert, geht dies auch auf Verluste in Metall- und Elektroberufen zurück, die Hauptfaktoren sind aber im Hotel- und Gaststättengewerbe zu suchen: hier wurden 24,7 Prozent weniger Ausbildungsverträge als noch im Vorjahr abgeschlossen. In den Berufen der Veranstaltungsbbranche ging die Zahl um 36,7 Prozent zurück (Oeynhausen u.a. 2020, 32).

Dazu kommt der angesprochene Sondereffekt im Vergleich zu früheren Krisen Jahren: Die Passungsprobleme haben enorm zugelegt. Während zum Stichtag 30. September fast 60.000 Ausbildungsplätze unbesetzt blieben, waren noch mehr als 78.000 Jugendliche auf der Suche nach einer für sie passenden Lehrstelle. Der oben eingeführte Index Passungsprobleme stieg erheblich von 116 auf 167,7 Punkte (ebd., 49). Waren die unbesetzten Stellen und die unvermittelten Bewerber*innen in der Finanzkrise 2009 noch jeweils um knapp 9 Prozent gesunken, muss nun ein Anstieg um 12,8 (unbesetzte Stellen) bzw. 6,1 (unvermittelte Bewerber*innen) Prozent festgestellt werden.

2.2 Wachsende soziale Ungleichheit in Zeiten der Pandemie

Wie die meisten Krisen trifft auch die Corona-Krise bereits marginalisierte und benachteiligte Menschen überproportional stark, die soziale Ungleichheit wird verschärft. Dies zeigt sich etwa daran, dass finanziell schwächer gestellte Gruppen seltener im Homeoffice arbeiten können und unter anderem deshalb ein höheres Infektionsrisiko haben (Berzel/Schroeder 2021). In der Analyse des Ausbildungsmarktes wird deutlich, dass auch hier die Verschärfung sozialer Ungleichheit nicht Halt macht. Fitzenberger (2020) warnte im Juni 2020 davor, dass die schlechten Chancen von Jugendlichen mit und ohne Hauptschulabschluss unter der Krise verstärkt werden könnten. In der Folge würde dies langfristig zu einer noch größer werdenden Ungleichheit von Löhnen führen mit potenziellen Langzeitfolgen für den sozialen Zusammenhalt insgesamt.

Dieses Risiko liegt auch daran, dass die von der Krise besonders betroffenen Branchen eine gewisse Schlagseite haben. Maier (2020, 16) prognostizierte im Mai 2020, dass „die Summe über alle, besonders von der Krise betroffenen Ausbildungsberufe (...) [zeigt], dass häufiger Berufe betroffen sein könnten, die vor allem von Personen mit bzw. ohne Hauptschulabschluss ergriffen werden“, was dazu führen könnte, dass die Zahl unversorgter Bewerber*innen steigt, da diesen „weniger Optionen für alternative Ausbildungen“ blieben.⁸ So ist es dann auch gekommen. Für die Jugendlichen mit niedrigem Schulabschluss stellt dies jedoch nicht die einzige Herausforderung dar. Das Ausbleiben von Präsenzunterricht über mehrere Monate im Jahr 2020 und die damit verknüpfte Angewiesenheit von Schüler*innen auf digitale Endgeräte und die Fähigkeit der Lehrenden, den Unterricht entsprechend umzustellen, stellt sie vor weitere Schwierigkeiten. Nicht ohne Grund sind Debatten über eine kollektive Wiederholung des Schuljahrs geführt worden. Besorgniserregend sind zudem aktuelle Prognosen von Seiten der Jugendämter, die vor einem drastischen Anstieg von Schulabbrecher*innen warnen. Demnach könnte sich 2020 die Abbrecher*innenzahl von 104.000 auf 210.000 mehr als verdoppelt haben (Handelsblatt 2021) – aktuelle Zahlen existieren jedoch noch nicht.

Das BIBB stellte in einer „Analyse zum Erfolg bei der Lehrstellensuche“ fest, dass Jugendliche mit und ohne Hauptschulabschluss im Vergleich zu Schüler*innen mit höherem Schulabschluss weniger über das Internet, sondern über Berufspraktika einen Ausbildungsplatz finden (Bundesinstitut für Berufsbildung 2015). Eine BA/BIBB-Migrationsstudie 2016 befand Ähnliches für die erfolgreiche Einmündung geflüchteter Menschen in den Ausbildungsmarkt. Insbesondere der persönliche Kontakt zu

⁸ Ein genauer Blick auf die Branchenspezifika in der Coronapandemie findet sich in Abschnitt 3.

Betrieben durch Praktika oder Probearbeiten trug entschieden dazu bei, dass geflüchtete Menschen erfolgreich in Ausbildung fanden (Matthes u.a. 2016, 29). Vor diesem Hintergrund lässt sich vermuten, dass schlechter qualifizierte Ausbildungsinteressierte wie auch Menschen mit Migrationshintergrund besonders von dem coronabedingten Wegfall von Ausbildungsmessen, Berufspraktika und der Berufsberatung in der Schule betroffen sind. Erste Befragungen zeigen, dass Infoveranstaltungen in den Betrieben, Messen und Praktika im Mix der Berufsorientierung am meisten gefehlt haben (Barlovic/Ullrich/Wieland 2021, 17). Für Bewerber*innen mit ausländischer Staatsangehörigkeit lässt sich zudem zeigen, dass ihr prozentualer Anteil (13,8 Prozent) in den Berufen, die stark von Corona betroffen sind, höher ausfällt (Maier 2020, 13f.).

Erklärungsbedürftig ist ja auch, warum sich so viele Jugendliche zurückziehen. Ein Aspekt, der dabei berücksichtigt werden muss, sind die vielfältigen Belastungen, die aus Kontakteinschränkungen und fehlenden direkten Fördermöglichkeiten entstehen. Dieser Bereich fällt zurzeit häufig durchs Raster, da die Aufmerksamkeit darauf liegt, Schule und Betriebe, Jobcenter und Arbeitsagenturen sowie die sozialen Träger am Laufen zu halten. Die Individualsicht kommt dabei oft zu kurz. Psychische Belastungen können ebenso Anteil an rückläufigen Bewerber*innenzahlen haben, nur ist es hier schwieriger, belastbare Daten zu finden. Eine Umfrage unter Abiturient*innen weist darauf hin, dass die Belastungen nicht nur von Frühjahr bis Herbst 2020 deutlich zugenommen haben, sondern auch, dass diese bei geringerem Bildungs- oder Migrationshintergrund der Eltern höher ausfallen (IAB-Forum 2021a). Nehmen wir hinzu, dass für Jugendliche mit und ohne Hauptschulabschluss, wie in 1.2 aufgezeigt, eine ohnehin größere Konkurrenzsituation infolge des für diese Gruppe deutlich reduzierten Stellenangebots besteht, kann von einer erhöhten Stresssituation ausgegangen werden.

Für die Auswirkungen auf die Chancen von Frauen auf dem Ausbildungsmarkt liegen bislang wenig Daten vor. Offensichtlich ist, dass ihr Anteil im besonders von der Corona-Pandemie betroffenen Dienstleistungssektor überdurchschnittlich hoch ist, trotz aller Bestrebungen zur Stärkung von Frauen in MINT-Berufen (2018 lag ihr Anteil hier bei ca. 50 Prozent, während er quer durch alle Branchen 38 Prozent betrug) (Kreditanstalt für Wiederaufbau 2018). Zudem entscheiden sich Bewerberinnen weitaus häufiger für eine Ausbildung in den ebenfalls von der Pandemie stark geschwächten Kleinstunternehmen (ebd.), von denen sich, wie bereits erwähnt, ein großer Anteil übergangsweise vom Ausbildungsmarkt bereits zurückgezogen hat. Gleichzeitig sind Frauen in der Gruppe der geringqualifizierten Ausbildungsinteressierten unterrepräsentiert und streben deutlich häufiger in schulische Berufsausbildungen, die wiederum als krisensicherer als die duale Ausbildung gelten (Bundesministerium für Bildung und Forschung 2020b, 44–46). Folglich ist es für eine Abschätzung möglicher Negativauswirkungen der Krise auf Geschlechterungleichheiten auf Basis der vorliegenden Daten noch verfrüht.

Neben dieser gegenwartsbezogenen Krisenanalyse darf nicht vergessen werden, dass analog zur Arbeitslosigkeit auch für den Ausbildungsmarkt die langfristigen Effekte noch einmal einschneidender sein können. Die Gründe dafür liegen auf der Hand. Mit der anhaltenden pandemischen Situation nehmen auch die schulbezogenen Ungleichheiten beim Distanzlernen zu, der individuelle Zugriff auf die entsprechenden Geräten ist weiterhin abhängig von sozialen Faktoren (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2020, 239). Benachteiligte Gruppen verlieren weiter den Anschluss, eine Betreuung durch die Berufsberatung ist weiterhin nicht in der ursprünglichen Weise möglich etc. Unter dem Aspekt der vorbeugenden Funktion der Ausbildung sind zudem die Zahlen zur Langzeitarbeitslosigkeit junger Menschen besorgniserregend. Im März 2021 ist die Zahl der Langzeitarbeitslosen im Vergleich zum Vorjahresmonat insgesamt um 45,5 Prozent gestiegen, während die Gruppe der 15- bis unter 25-Jährigen besonders stark von den Auswirkungen der Pandemie betroffen ist. In ihrer Altersgruppe hat sich die Zahl der Langzeitarbeitslosen verdoppelt (100,5 Prozent) (Bundesagentur für Arbeit 2021b). Dies ist ein Zeichen dafür, welches Risiko für die Erwerbsbiografie zurzeit besteht, wenn zwar

dank Kurzarbeit keine Entlassungswelle entstanden ist, die Unsicherheiten aber Neueinstellungen verhindern.

Gleichzeitig haben einige Jugendliche statt auf die Ausbildung auf Alternativwege, wie weiterführenden Schulbesuch (und damit höheren Abschluss), Studium oder das Übergangssystem, gesetzt. Für das neue Ausbildungsjahr ist demnach eine höherqualifizierte Nachfrage zu erwarten, während die Angebotsseite der Ausbildungsstellen gleichzeitig durch die anhaltende wirtschaftliche Krise eher ausdünnen dürfte. Der Ausbildungsmarkt im Jahr 2021 ist somit als hochkompetitiv zu beschreiben. Um in dieser Situation zu verhindern, dass sich andeutende, möglicherweise weiter wachsende soziale Ungleichheiten sich fortsetzen, müssen Konzepte und Maßnahmen entwickelt werden, die Jugendliche mit und ohne Hauptschulabschluss sowie Jugendliche mit Migrationshintergrund zielgerichtet unterstützen, um einen Ausbildungsplatz einnehmen zu können.⁹ Was das für den hessischen Ausbildungsmarkt bedeuten könnte, soll im folgenden Abschnitt näher erläutert werden.

3 Die Lage in Hessen

Die bisherigen Erkenntnisse umfassen die allgemeinen und pandemiebedingten Entwicklungspfade in Deutschland. So wie Arbeitsmärkte länder- und regionenspezifische Besonderheiten aufweisen, gilt dies natürlich auch für Ausbildungsmärkte.¹⁰ Die Ausgestaltung der regionalen Ausbildungsmärkte ist dabei von einer Vielzahl von Variablen abhängig. Dazu gehören die Wirtschafts- und Branchenstruktur, Grundlagen der (Bildungs-)Infrastruktur (Hochschullandschaft, Angebot möglicher Ausbildungsberufe, aber auch Verkehrs- oder Breitbandinfrastruktur spielen eine Rolle), Mobilität und Lohnniveau, die Bildungsstruktur der Jugendlichen bis hin zu Pfadabhängigkeiten der Berufswahl (für letzteres Flohr/Menze/Protsch 2020).

Hessen präsentiert sich in der Coronapandemie mit Blick auf den Arbeitsmarkt als „Land der Extreme“. So identifizierte das IAB in einer deutschlandweiten Untersuchung auf Kreisebene die hessischen regionalen Disparitäten als die deutschlandweit größten (IAB-Forum 2020). Die Größe des coronabedingten Anstiegs der Arbeitslosigkeit – der Corona-Effekt – fiel bundesweit in der Stadt Offenbach mit 14,1 am höchsten aus, während er im etwas weiter nördlich gelegenen Vogelsbergkreis mit 0,9 am geringsten war. Grund dafür sind Clustereffekte bestimmter Branchen. Dies liegt daran, dass in besonders von der Corona-Pandemie betroffenen Regionen meist eine bestimmte Branchenstruktur vorzufinden ist, die aufgrund des pandemiebedienten Lockdowns eingeschränkt wurde. Hierunter fallen Luftfahrt, Beherbergung, Gastronomie, Reisedienstleistungen, Kultureinrichtungen sowie Freizeit-, Unterhaltungs- und Sportbetriebe – just diese sind besonders stark in der Rhein-Main-Metropolregion vertreten. Bei der Gesamtarbeitslosigkeit liegt Hessen im Januar 2021 mit einem Bestandszuwachs von 24,5 Prozent im Vergleich zum Januar 2020 über dem Deutschland-Wert von 19,4 Prozent und auf Rang drei der Flächenländer, nur Baden-Württemberg und Bayern haben einen noch größeren Aufwuchs des Bestands an Arbeitslosigkeit gemeldet.

Mit diesem Wissen stellt sich die Frage: Hat die Pandemie eine ähnliche Wirkung auf dem hessischen Ausbildungsmarkt hinterlassen? Vorab lässt sich feststellen, dass Hessen bei der Ausbildungstätigkeit seiner Betriebe im deutschlandweiten Vergleich nicht gut aufgestellt ist. Mit einer Ausbildungsbetriebsquote von 18,6 Prozent verzeichnet das Bundesland die mit Abstand geringste Quote aller westdeutschen Flächenländer und liegt damit auch unter der bundesweiten Ausbildungsbetriebsquote von

⁹ Ein Blick auf entsprechende Förderprogramme, wie der „Schutzschirm für Ausbildungssuchende“ in Hessen folgt in Abschnitt 4.

¹⁰ Erwähnt sei an dieser Stelle auch die Integrierte Ausbildungsberichterstattung für Hessen, die einen dezidiert tiefgehenden Blick auf den Übergang von der Schule in Beruf und Studium unternimmt und dadurch weiterführende Zahlen zur Nachfragerseite in Hessen bieten kann (Hessisches Statistisches Landesamt).

19,7 Prozent (Bundesinstitut für Berufsbildung 2020c). So nimmt es kaum Wunder, dass das Land bei der Bewerber*innen-Stellen-Relation deutschlandweit das größte Ungleichgewicht in einem Flächenland aufweist. Demnach kommen in Hessen nach Werten der BA auf 114 gemeldete Bewerber*innen 100 gemeldete Ausbildungsstellen. Der Agenturbezirk Offenbach (und drei nordrhein-westfälische Agenturbezirke) bildet mit einem Verhältnis von 150 auf 100 das bundesweite Schlusslicht.¹¹ (Bundesagentur für Arbeit 2020b, 7).

Insgesamt ist der Befund für das Pandemiejahr 2020 alarmierend: Hessen befindet sich, wie Tabelle 3.1 zeigt, bei der Entwicklung zentraler Indikatoren der Ausbildungsstatistik im letzten Drittel der Bundesländer. So wurden 13,2 Prozent weniger neue Verträge zwischen Jugendlichen und Betrieben abgeschlossen. Nur die beiden Stadtstaaten Berlin und Hamburg, Niedersachsen und das Saarland mussten einen größeren Rückgang hinnehmen. Bei der Entwicklung der unbesetzten Stellen weist Hessen ebenfalls einen überdurchschnittlichen Negativtrend auf. Mit einem Plus von 27,5 Prozent liegt Hessen weit über dem bundesweiten Wert von 12,8 Prozent und dem westdeutscher Bundesländer von 11,4 Prozent. Nordrhein-Westfalen ist der einzige westdeutsche Flächenstaat, der eine noch drastischere Entwicklung aufweist. Ein ähnliches Bild ergibt sich bei der Entwicklung des Werts unversorgter Jugendlicher. Demnach lag der Wert in Hessen im Jahr 2020 33,6 Prozent über dem des Vorjahres, während die Werte in Gesamtdeutschland (19,7 Prozent) und den westdeutschen Bundesländern (22,8 Prozent) deutlich niedriger waren. Ausschließlich Niedersachsen und Bremen liegen über Hessen. Damit einher geht auch, dass die Passungsprobleme im hessischen Ausbildungsmarkt stark angewachsen sind. Dieser Anstieg im Index Passungsprobleme (von 92,6 auf 159,9; + 73 Prozent) ist zum einen deutlich größer als zum Beispiel in Bayern (Anstieg um 32 Prozent) oder in Baden-Württemberg (Anstieg um 16 Prozent). Zum anderen geht er auf eine Negativentwicklung sowohl bei den unbesetzten Stellen als auch bei den weiter suchenden Jugendlichen zurück.

Tabelle 3.1: Entwicklung des hessischen Ausbildungsmarktes (2019-2020) im Ländervergleich

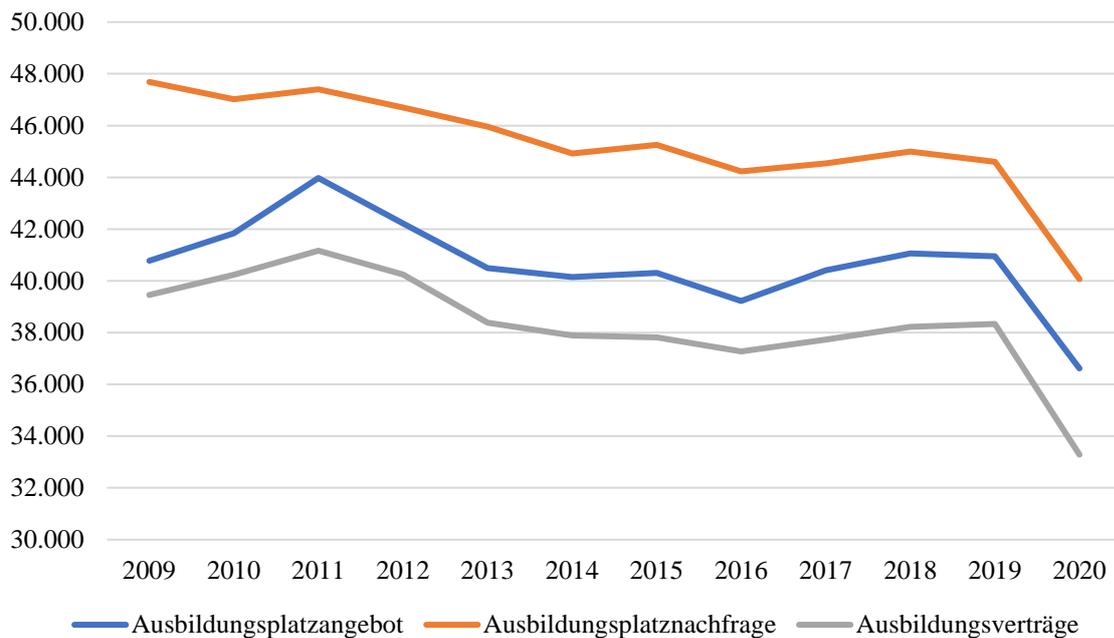
	neu abgeschlossene Ausbildungsverträge	unbesetzte Berufsausbildungsstellen	ohne Alternative ("Unversorgte")	Index Passungsprobleme BIBB*
Hessen Entwicklung 2019-2020	-13,2%	27,5%	33,6%	72,7%
Vergleich Deutschland	-11,0%	12,8%	19,7%	44,6%
Vergleich westdeutsche BL	-11,4%	10,3%	22,8%	42,3%
Länderranking	12	10	14	12

Quelle: Eigene Erstellung auf Basis der Daten von Oeynhausen u.a. 2020.

Im Ergebnis ergibt sich für die Indikatoren, die wir auch schon für die allgemeine pandemiebedingte Entwicklung des Ausbildungsmarktes unter die Lupe genommen haben, folgendes Bild (vgl. Abbildung 3.1): Die Entwicklung verläuft wenig überraschend für eine Krise analog zu den deutschlandweiten Zahlen.

¹¹ Wobei der Wert zumindest insofern nicht überinterpretiert werden sollte, da Offenbach auch große Pendlerbewegungen aufweist und so eine hohe Mobilität in Nachbarbezirke besteht.

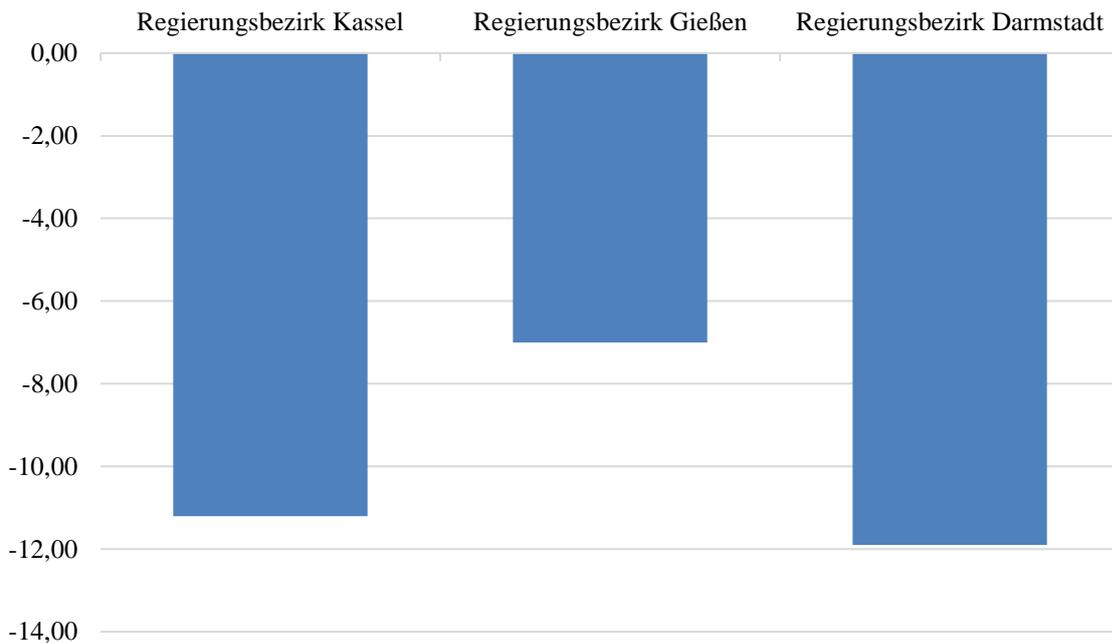
Abbildung 3.1: Der hessische Ausbildungsmarkt im Zeitverlauf



Quelle: Eigene Erstellung auf Basis von Oeynhausens u.a. 2020, 54.

Zum Kriseneffekt lässt sich festhalten, dass das Ausbildungsplatzangebot wie auch die Nachfrage um 11 Prozent gefallen sind, wie eben gezeigt sind dadurch 13,2 Prozent weniger neue Verträge zwischen Jugendlichen und Betrieben zustande gekommen. Eingangs des Abschnitts wurden die Clustereffekte von Branchen als ursächlich für die besonders großen Coroneffekte auf die Arbeitslosigkeit genannt – und dies dürfte auch der Grund für die deutlich erhöhte Problematik am hessischen Ausbildungsmarkt sein. Ein Blick auf die Beschäftigtenstruktur nach Wirtschaftszweigen zeigt: In Hessen sind die beiden Branchengruppen mit dem laut IAB-Daten (IAB-Forum 2021b) größten Nachfragerückgang (Gastgewerbe und Verkehr & Lagerei) überproportional vertreten. Laut DEHOGA Bundesverband (2021) ist bei den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen 2020 im bundesweiten Vergleich zum Vorjahr ein Rückgang von 22.516 auf 17.079 und damit um 24 Prozent verzeichnen. Eine ähnliche Negativentwicklung gilt außerdem für die vor allem im Rhein-Main-Gebiet wichtige Tourismusbranche – auf Berufsebene hat es die Ausbildung zum Tourismuskaufmann/-frau mit einem krisenbedingten Einbruch von fast 59 Prozent am härtesten getroffen (Oeynhausens u.a. 2020, 33). Diese Einschätzung wird dadurch gestärkt, dass ein früher Blick auf die Entwicklungen im neuen Ausbildungsjahr 2020/21 enorme Brancheneffekte fortschreibt, sodass die BA-Statistik für Februar 2021 zu dem Zwischenfazit kommt, dass „[d]er Rückgang (...) sehr deutlich sichtbar in Ausbildungsberufen bei Unternehmen [ist], die vom Lockdown besonders betroffen sind, wie Nichtmedizinische Gesundheitsberufe, Körperpflege (z. B. Friseur/-innen), Tourismus-, Hotel- und Gaststättenberufe oder Berufe in der Lebensmittelherstellung und -verarbeitung“, Bundesagentur für Arbeit 2021a, 8).

Die unterschiedlich belasteten Branchen führen in der Folge auch zu regionalen Unterschieden. In der Entwicklung von 2019 auf 2020 in Nord-, Mittel- und Südhessen abgebildet mit den drei Regierungsbezirken Kassel, Gießen und Darmstadt lässt sich das gut aufzeigen. Wie in Abbildung 3.2 zu sehen ist, hat das Ausbildungsplatzangebot in allen Regierungsbezirken deutlich abgenommen. Den stärksten Rückgang von 2019 bis 2020 weist Darmstadt (-11,9 Prozent) mit der besonders betroffenen Rhein-Main-Metropolregion rund um das Handelsdrehkreuz Frankfurter Flughafen auf. Allerdings folgt Kassel (-11,2 Prozent) gleich dicht dahinter. Gießen verzeichnet mit -7,0 Prozent den geringsten Abstieg im Vergleich.

Abbildung 3.2: Veränderung Ausbildungsangebot nach Regierungsbezirk

Quelle: Eigene Erstellung auf Basis von Milde u.a. 2020, 66; Oeynhausens u.a. 2020, 61.

Wie sich die Passungsprobleme in der Coronapandemie im Detail entwickelt haben, lässt sich noch nicht sagen. Aus der Zeit vor der Krise kann aber etwas zur Charakteristik des hessischen Ausbildungsmarktes gelernt werden. Hessen wies 2018 folgende Mismatch-Typen auf: berufsfachlich 26 Prozent; regional 17 Prozent; eigenschaftsbezogen 57 Prozent (im Vergleich zu Deutschland: 33 Prozent berufsfachlich, 25 Prozent regional und 43 Prozent eigenschaftsbezogen). In der Entwicklung ist das eigenschaftsbezogene Problem seit 2009 von 72 auf 57 Prozent gefallen, dafür finden unversorgte Jugendliche vermehrt die offenen Ausbildungsstellen nicht interessant genug (berufsfachlich steigt von 6 auf 26 Prozent). In ihrem Länderbericht zu Hessen stellt die Bertelsmann Stiftung (2019b, 7) zudem fest, dass Ausbildungssuchende und Stellenanbieter*innen im Zeitverlauf weniger gut zueinander passen. Auch wenn sich die eigenschaftsbezogene Problematik im Zeitverlauf verringert hat, ist sie in Hessen überproportional vertreten.

Wie oben gezeigt, ist dieses Mismatch besonders bei geringqualifizierten Jugendlichen ein Vermittlungshemmnis und durch praxisinduzierte Klebeeffekte zu adressieren – da Praktika, Messen & Co nur noch in geringem Maß durchgeführt werden können (und viele benachteiligte Jugendliche auch bei digitalen Formaten weniger Zugang haben), könnte die pandemiebedingte schwierige Situation des hessischen Ausbildungsmarktes unter anderem hierin begründet sein. Verstärkt wird dies noch dadurch, dass in Hessen lediglich jede zweite gemeldete betriebliche Ausbildungsstelle Hauptschulabsolvent*innen offensteht (Bundesagentur für Arbeit 2020b, 12).

Auf der anderen Seite ist es eine Herausforderung für die BA, erstmal an die Jugendlichen heranzukommen. Ohne Vor-Ort-Präsenz ist dies enorm schwierig und abhängig von Improvisationsmöglichkeiten in Schulen. Die angesprochene erhöhte Konkurrenzsituation im nächsten Jahr wird so wahrscheinlicher, gerade auch aufgrund weiterhin bestehender Unsicherheiten bei den Ausbildungsbetrieben. Erste Rückmeldungen aus der Praxis deuten darauf hin, dass die Jugendlichen diese erhöhte Vermittlungsschwierigkeit bereits antizipieren und das Interesse an Angeboten der Kommunalen Arbeitsförderung zunimmt. Aus diesen Gründen wäre es schon ein Erfolg, die bestehenden Ausbildungsstrukturen beizubehalten.

Neben einer digitalen Teilhabe an Messe-, Betriebskennlern- oder Berufsberatungsformaten, die weniger benachteiligen, sind es Verbundlösungen, die einzelnen kleineren Betrieben eine attraktive und dennoch finanziell tragbare Ausbildung ermöglichen könnten. Eigenschaftsbezogene Probleme können außerdem durch maßnahmenbegleitende Teilnehmerunterstützung angegangen werden, bei denen Betrieben die Sorge genommen wird, dass Auszubildende für die Ausbildung nicht gewappnet sein könnten (Eckelt 2019). Es lässt sich also feststellen, dass mit diesen Coaching- und Assistenzsystemen eigenschaftsbezogene Mismatches entgegengewirkt werden kann, noch suchende Jugendliche unterstützt und ihnen damit Praxiserfahrung sowie in der Folge durch Klebeeffekte Chancen vermittelt werden können, um doch noch eine Ausbildungsstelle zu finden (siehe dazu auch das Fallbeispiel unten in Abschnitt 4.1). Dann aber scheint eine Entwicklung kontraproduktiv: Deutschlandweit gab es 2009 noch 45.801 sogenannte außerbetriebliche, also überwiegend mit Hilfe öffentlicher Finanzierung geförderte Ausbildungsverträge. Bis 2019 fiel diese Fördermaßnahme auf nur noch 14.367 Verträge. Für Hessen fiel der Wert von 3.270 (2009) auf 1.305 (2019) bzw. 1.341 (2020). Zudem sind in diesem Bereich starke regionale Unterschiede zu verorten, für deren Zustandekommen Gründe identifiziert werden müssten. Beispielhaft seien hier Gießen und Wiesbaden genannt, wo auch jeweils unterdurchschnittliche Angebots-Nachfrage-Relationen vorliegen und die Quote außerbetrieblicher Ausbildung an den neu abgeschlossenen Verträgen 10 bzw. 9 Prozent beträgt. Im Agenturbezirk Kassel beträgt dieser Wert 2 Prozent oder in absoluten Zahlen: 69 geförderte Ausbildungen (Oeynhausens u.a. 2020, 61).

Auch wenn diese Konstrukte möglicherweise in der Zwischenzeit nicht mit den Problembedarfen des Ausbildungsmarktes korrespondiert haben sollten, können sie in einer Situation, wo der Index Passungsprobleme von 92,6 (2019) auf 159,9 (2020) nach oben schnell, wieder stärker ins Repertoire aufgenommen werden. Zumindest zur Bekämpfung der eigenschaftsbezogenen Problematik bei der Zielgruppe der benachteiligten Jugendlichen dürften sie, kombiniert mit einer begleitenden Teilnehmendenunterstützung, ein vielversprechender Ansatz sein – erst recht, wenn im nächsten Ausbildungsjahr eine verschärfte Konkurrenzsituation auf dem Ausbildungsmarkt eintritt.

4 Aktivitäten/Initiativen/Best Practices

Bisher stand die Analyse der Herausforderungen des Ausbildungsmarktes im Vordergrund. Um die Kriseneffekte bei den Ausbildungsinfrastrukturen abzuf puffern, haben staatliche Akteure eine spezifische Maßnahmenlandschaft entwickelt. Diese ist mittlerweile so ausdifferenziert, dass es insbesondere für kleinere Unternehmen schwer ist, den Überblick zu behalten – gerade wenn die betriebliche Situation schon die ganze Aufmerksamkeit absorbiert. Der Reigen der Maßnahmen reicht von finanziellem Anreiz für Ausbildung in unsicheren Zeiten, Übernahmegarantie für Betriebe, die aufgrund von Liquiditätsengpässen entlassene Auszubildende aufnehmen, Alternativen für unversorgte Interessierte oder vorbeugende Ansätze, um Antworten auf das zu erwartende hochkompetitive kommende Ausbildungsjahr zu entwickeln. Im folgenden Abschnitt sollen deshalb einige Ansätze – beginnend mit denen der Bundesregierung bis hin zur betrieblichen Ebene – vorgestellt werden. Voranzustellen ist, dass der Bund mit seinen Programmen in erster Linie den dualen Ausbildungsmarkt adressiert. Dagegen haben Programme für die Unterstützung und Förderung der schulischen Ausbildungsberufe einen eher randständigen Charakter¹².

¹² Eine intensivere Auseinandersetzung mit der schulischen Ausbildung wird noch eigenständig entwickelt und in einem unserer zukünftigen Berichte präsentiert.

4.1 Programme des Bundes

In den Analysekapiteln zur Entwicklung des beruflichen Ausbildungsmarktes wurden vor allem drei Haupttendenzen deutlich:

1. Krisen führen unmittelbar zu deutlichen Friktionen bei der Berufsausbildung,
2. der Rückgang von Ausbildungsplätzen wie auch von Ausbildungsstrukturen lässt sich nach allem was wir aus vergangenen Krisen wissen nur schwer wieder aufholen und
3. Covid-19 ist besonders für geringqualifizierte Jugendliche eine zusätzliche Herausforderung.

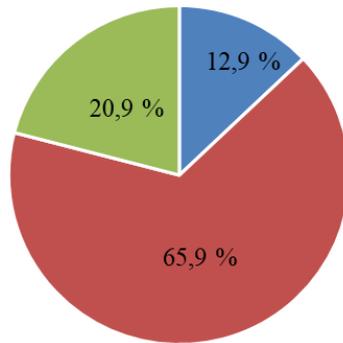
Die Bundesregierung hat diese Gefahr erkannt und zur aktiven Reaktion und Prävention das 500 Mio. Euro schwere Bundesprogramm "Ausbildungsplätze sichern" aufgelegt, welches zum Ziel hat, ausbildende kleine und mittlere Unternehmen (KMU) in allen Bereichen der Wirtschaft zu unterstützen, um Ausbildungskapazitäten aufrecht zu erhalten bzw. zu steigern und die Ausbildungsqualität zu sichern. Folgende Elemente fallen darunter:

- **Ausbildungsprämie zum Erhalt des Ausbildungsniveaus für KMU:** Das Programm möchte die Beibehaltung des bestehenden Ausbildungsniveaus fördern, indem es eine einmalige Ausbildungsprämie in Höhe von 2.000 Euro für jeden im Ausbildungsjahr 2020 neu abgeschlossenen Arbeitsvertrag anbietet. Antragsberechtigt sind jene Unternehmen, die mindestens einen Monat Kurzarbeit für ihre Mitarbeitenden in Anspruch genommen haben und deren Umsätze in den Monaten April und Mai maßgeblich eingebrochen sind.
- **Ausbildungsprämie plus bei Erhöhung des Ausbildungsniveaus für KMU:** 3.000 € für jeden über das frühere Ausbildungsniveau (im Vergleich zu den Jahren 2017–2019) zusätzlich für das Ausbildungsjahr 2020 abgeschlossenen Ausbildungsvertrag – statt der regulären Ausbildungsprämie.
- **Zuschuss zur Ausbildungsvergütung zur Vermeidung von Kurzarbeit für KMU:** KMU können den Zuschuss bei einem Arbeitsausfall von mindestens 50 Prozent beantragen. Für jeden Monat, in dem dieser vorliegt und keine Kurzarbeit genutzt wird, kann ein Zuschuss in Höhe von 75 Prozent der Brutto-Ausbildungsvergütung beantragt werden.
- **Förderung von Verbundausbildung für KMU:** Im Rahmen einer Auftrags- und Verbundausbildung können KMU und Überbetriebliche Berufsbildungsstätten (ÜBS) außerdem gefördert werden, wenn sie Auszubildende aus stark von der Coronapandemie betroffenen KMU temporär übernehmen, um eine Weiterführung der Ausbildung zu ermöglichen
- **Übernahmeprämie von Auszubildenden insolventer Betriebe:** Einmalig 3.000 € für jeden Auszubildenden, der von einem insolventen Betrieb übernommen wird; keine Betriebsgrößenreglementierung (Bundesministerium für Bildung und Forschung k.A., 1–4; Bundesagentur für Arbeit 2021a, 6).

Von August 2020 bis April 2021 haben 27.100 Betriebe einen Antrag auf mindestens eine der vier Prämien gestellt (die Förderung von Verbundausbildung ist nicht mitausgewertet worden), von denen 19.500 bereits eine Prämie ausgezahlt bekommen haben (Bundesagentur für Arbeit 2021c; Bundesagentur für Arbeit 2021a, 7). Etwa zwei Drittel der geförderten Betriebe erhielten eine Ausbildungsprämie plus, 13 Prozent eine reguläre Ausbildungsprämie und 20 Prozent beide Prämien. Von den insgesamt 34.500 ausgezahlten Prämien waren 12.000 reguläre Ausbildungsprämien, 22.300 Ausbildungsprämien plus und 50 Übernahmeprämien (vgl. Abbildung 4.1).

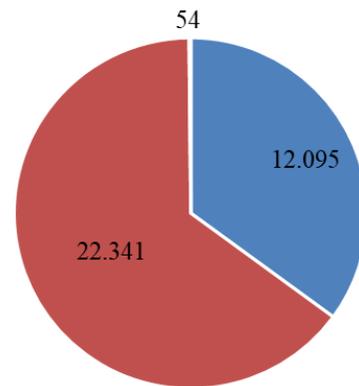
Abbildung 4.1: Verbreitung Ausbildungsprämie bis April 2021

Anzahl der Betriebe nach Art der Prämie



- ausschließlich Ausbildungsprämie
- ausschließlich Ausbildungsprämie plus
- beide

Ausgezählte Prämien insgesamt



- Ausbildungsprämie
- Ausbildungsprämie plus
- Übernahmeprämie

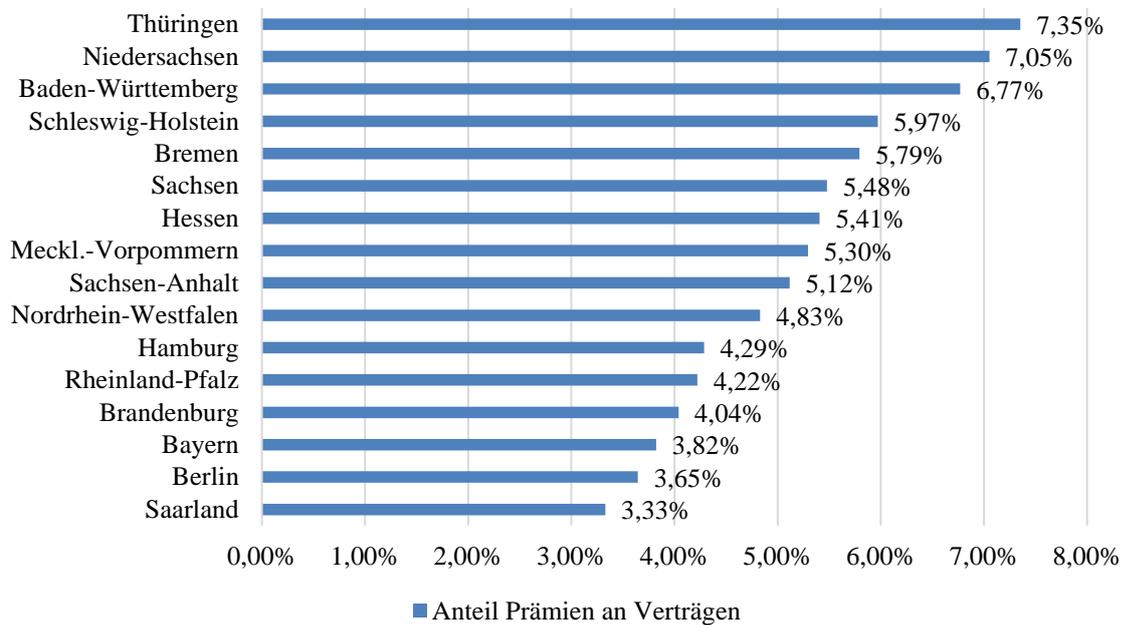
Quelle: Eigene Erstellung auf Basis von Bundesagentur für Arbeit 2021c.

Von insgesamt 10.600 abgelehnten Anträgen wurden 6.900 Ausbildungsprämien, 3.600 Ausbildungsprämien plus und 140 Übernahmeprämien abgelehnt. Die deutliche Mehrheit von Anträgen der Betriebe für Ausbildungsprämien plus – und die demnach klar erkennbare Erhöhung des Ausbildungslevels in vielen Betrieben – könnte damit erklärt werden, dass viele Betriebe ohnehin nur alle ein bis zwei Jahre einen neuen Ausbildungsvertrag abschließen und sie ihr Ausbildungslevel somit bereits mit einem neuen Ausbildungsvertrag erhöhen können. Dies spiegelt sich auch darin wieder, dass 80 Prozent der Ausbildungsprämien plus (12.700 von 15.900) an Ausbildungsbetriebe mit weniger als 50 Mitarbeitenden vergeben wurden, während es bei den regulären Ausbildungsprämien nicht einmal 50 Prozent (4.100 von 8.500) waren (Bundesagentur für Arbeit 2021a, 7f.).

Bei einem Blick auf die Vergabe nach Wirtschaftszweigen zeigt sich, dass der Zweig „Handel, Instandhaltung, Kfz Reparatur“ mit 6.100 Prämien die meisten Prämien in Anspruch nahm, gefolgt vom verarbeitenden Gewerbe mit 4.900 Prämien, dem Gastgewerbe als besonders durch die Pandemie betroffene Branche mit 2.800 und dem Gesundheits- und Sozialwesen mit 2.500 Prämien. Mit Ausnahme des Gastgewerbes sind in diesen Branchen die meisten sozialsicherungspflichtigen Auszubildenden vertreten. Zudem sind dies die Branchen mit den meisten Auszubildenden.

Die regionale Aufteilung der Auszahlung von Prämien zeigt, dass in den Bundesländern mit der größten Bevölkerung auch die meisten Prämien ausgezahlt wurden. Insgesamt werden, wie Abbildung 4.2 zeigt, fünf Prozent, je nach Bundesland drei bis sieben Prozent der neu abgeschlossenen Auszubildendenverträge durch das Bundesprogramm unterstützt (ebd., 8f.).

Abbildung 4.2: Ausgezählte Prämien im Rahmen des Bundesprogramms „Ausbildungsplätze sichern“ als Anteil der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge nach Bundesländern



Quelle: Eigene Erstellung auf Basis von Oeynhausen u.a. 2020, 46 und Bundesagentur für Arbeit 2021a, 9.

Im Vergleich zu den Ausbildungsprämien wurde die Förderung bei der Vermeidung von Kurzarbeit während der Ausbildung von weitaus weniger Betrieben in Anspruch genommen. Seit Programmstart im August 2020 haben 2.900 Betriebe einen Antrag auf einen Zuschuss gestellt, im Januar 2021 wurde dieser an 700 Betriebe ausgezahlt, von denen 57 Prozent unter 10 Beschäftigte haben. Die meisten Zuschüsse gingen an Unternehmen im Gastgewerbe und dabei insbesondere in Tourismus-, Hotel- und Gaststättenberufen und Unternehmen „sonstiger wirtschaftlicher Dienstleistungen“ (ebd., 9f.).

Mitte März gaben das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) und das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) die Verbesserung und Verlängerung von „Ausbildungsplätze sichern“ ab 1. Juni 2021 bekannt. Das Projektvolumen beträgt 500 Millionen Euro für das Jahr 2021 und 200 Millionen Euro für das kommende Jahr. Die reguläre Ausbildungsprämie wird von 2.000 auf 4.000 Euro und die Förderhöhe der Ausbildungsprämie plus von 4.000 auf 6.000 Euro aufgestockt. Im Rahmen des Pakets sind nun außerdem auch Betriebe mit bis zu 499 Beschäftigten (statt 249) antragsberechtigt und die Förderschwelle für Unternehmen ist gesenkt (so wird die Übernahmeprämie z. B. nicht erst bei pandemiebedingter Insolvenz des Ausbildungsbetriebes gezahlt, sondern bereits dann, wenn die Ausbildung nicht mehr fortgeführt werden kann oder sich mit einem Azubi auf einen Aufhebungsvertrag geeinigt wurde). Kleinstunternehmen mit bis zu vier Mitarbeitenden werden gesondert unterstützt, indem sie pauschal 1.000 Euro erhalten können, falls sie für ein Minimum von 30 Tagen ihre Ausbildungstätigkeit fortgeführt haben. Schließlich werden die Zuschüsse für die Vermeidung von Kurzarbeit beibehalten und Zuschüsse für Ausbilder*innen als neue Förderkomponente hinzugefügt (Bundesministerium für Bildung und Forschung 2021a).

Zudem stellte die Allianz für Aus- und Weiterbildung (Bundesregierung, BA, BDA, BFB, DIHK und ZDH, von Gewerkschaften und Ländern) im März 2021 die Initiative „Gemeinsame Aktion zur Stärkung von Ausbildungsbetrieben und jungen Menschen in der Corona-Pandemie“ vor. Neben den genannten Prämien erhöhungen und Aufstockungen von Zuschüssen für auszubildende Betriebe ist das Handlungsfeld 1 („Verstärkte Ansprache von Jugendlichen, Unterstützung bei der beruflichen

Orientierung und der Anbahnung von Ausbildungsverträgen“) von besonderer Bedeutung, da es sich der Nachfrageseite des Ausbildungsmarktes widmet. Das Ziel dieser Initiative ist es, die berufliche Orientierung von Schüler*innen zu stärken, indem sie den Ausbau digitaler Angebote und den Umgang damit auf Seiten von Schulen und Lehrkräften sowie Eltern unterstützt. Zudem sollen sogenannte Peer-to-Peer Angebote die Einzelunterstützung der Jugendlichen in ihrer Berufsorientierung dienen. Die Initiative sieht außerdem vor, dass Schulpraktika in Betrieben über digitalen Weg ermöglicht werden sollen. Zuletzt sollen jene Jugendliche gezielt angesprochen werden, die im Jahr 2020 im Zuge ihrer Ausbildungsplatzsuche unversorgt blieben (Allianz für Aus- und Weiterbildung 2021; Bundesministerium für Bildung und Forschung 2021b). Vergleicht man die Elemente in diesem Handlungsfeld mit den Prämien zur Stabilisierung der Ausbildungsquote in den Betrieben fällt deutlich auf, wie unkonkret diese sind. Gibt es im einen Fall fixe Prämien für zusätzliche Ausbildungsplätze, verharren die Vorschläge zur Verbesserung der schwierigen Situation der geringqualifizierten Jugendlichen großteils auf der Ebene von Absichtserklärungen zwischen den Sozialpartnern.

4.2 Programme des Landes Hessen

Auf Landesebene findet sich ebenfalls eine Reihe von Projekten und Programmen, die an den jeweiligen coronabedingten landespezifischen Besonderheiten und Herausforderungen auf dem Ausbildungsmarkt ausgerichtet sind.

Mit dem „Schutzschirm für Ausbildungssuchende“ – finanziert durch 25 Mio. € aus dem Sondervermögen „Hessens gute Zukunft sichern“ – soll bis zum 31. Dezember 2021 die Finanzierung von Projekten ermöglicht werden, die benachteiligte junge Ausbildungssuchende unterstützen. Zielgruppe sind jene, die im Zuge der Coronakrise besonderen Schwierigkeiten bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz begegnen und nach wie vor unversorgt sind. Der Schutzschirm besteht aus zwei Förderangeboten, die Bestandteil des „Ausbildungs- und Qualifizierungsbudgets“ (AQB) des Hessischen Ministeriums für Soziales und Integration (HMSI) sind. Zum einen sollen zusätzliche Angebote, unabhängig von denen des Bundes, für unversorgte junge Menschen am Übergang von der Schule in die Ausbildung entwickelt werden, worunter beispielsweise berufsorientierende oder ausbildungsvorbereitende Maßnahmen fallen. Im Rahmen des zweiten Angebots ist die Entwicklung einer „Zielgruppen- und regionenspezifische[n] Ergänzung und Flankierung von Angeboten des Regel-Instrumentariums wie z.B. ‚Einstiegsqualifizierung‘ (EQ) und ‚Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen‘ (BvB)“ vorgesehen.“ (Hessisches Ministerium für Soziales und Integration 2020). Die Höchstsumme der Projektförderung liegt bei 300.000 €, die Teilnehmer*innenzahl ist auf bis zu 15 Jugendliche ausgelegt. Antragsberechtigt waren hessische Landkreise und kreisfreie Städte, SGB II-Träger und Bildungs- sowie Qualifizierungsträger, was die rechtskreisübergreifende Auslegung unterstreicht. Im November 2020 unterstützte der Schutzschirm 35 Projekte in 17 hessischen Gebietskörperschaften, eines davon „Countdown A“ der Stadt Kassel, auf das im folgenden Kapitel näher eingegangen wird (Optimierung der lokalen Vermittlungsarbeit im Übergang Schule – Beruf 2020).

Darüber hinaus startete das Hessische Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen (HMWEVE) im Oktober 2020 ein „Förderprogramm für Verbundausbildung in kleinen und mittleren Unternehmen während der Corona-Pandemie“. Im Rahmen des Programmes bekommen Ausbildungsbetriebe mit bis zu 249 Beschäftigten die gesamten Kosten des ersten Jahres eines Ausbildungsverhältnisses erstattet. Zudem sollen Verbundausbildungen mit einem Festbetrag von 68 Euro pro externem Ausbildungstag gefördert werden (Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen 2020).

Tabelle 4.1: Programme Bund und Hessen im Vergleich

	"Ausbildungsplätze sichern"	„Schutzschirm für Ausbildungs-suchende“
Ebene	Bundesprogramm (BMAS und BMBF)	Hessisches Landesprogramm (HMSI)
Finanzrahmen	500 Mio. Euro für 2021	25 Mio. Euro für 2021
Fokus	Ausbildungsprämien für Betriebe	Unterstützung benachteiligte junge Ausbildungssuchende
Verbreitung	5 Prozent der Neuverträge	Projekte in 17 von 26 Kommunen

Quelle: Eigene Erstellung.

Tabelle 4.1 zeigt vereinfacht auf, wie sich das Bundesprogramm „Ausbildungsplätze sichern“ und das beispielhafte hessische Landesprogramm „Schutzschirm für Ausbildungssuchende“ ergänzen. Das Bundesprogramm zielt darauf ab, die vorhandene Ausbildungsinfrastruktur aufrecht zu erhalten bzw. zu steigern. Die Länder nehmen am Beispiel HMSI ihre föderale Komplementärfunktion wahr und konzentrieren ihr Programm auf die individuelle Ebene, indem sie die Jugendlichen unterstützen, die im Ausbildungsjahr 2020 ohne Ausbildungsvertrag geblieben sind. Im folgenden Unterabschnitt wird auf ein Projekt zur Förderung benachteiligter unversorgter Bewerber*innen für einen Ausbildungsplatz in der Region Kassel Bezug genommen.

4.3 Städtische Programme: Fallbeispiel Kassel

Ausgangssituation:

Der Ausbildungsmarkt der Region Kassel ist in der Corona-Pandemie einerseits vergleichsweise glimpflich davongekommen, zumindest auf Basis der entsprechenden Zahlen im Agenturbezirk Kassel, der die Stadt Kassel, den Kreis Kassel und den Werra-Meißner-Kreis umfasst. Andererseits hat er mit Blick auf Passungsindex bzw. noch unbesetzte Stellen hessen- und deutschlandweit eine besondere Stellung inne. Zunächst zu den generellen Zahlen: Während die Angebotsseite mit 3.380 ausgeschriebenen Ausbildungsstellen nur knapp 3 Prozent weniger Stellen als im Vorjahr verzeichnete (hessenweiter Rückgang: 8,4 Prozent), ging die Zahl der Bewerber*innen um 9,8 Prozent auf 3.436 zurück. Die Nachfrage von Ausbildungsinteressierten war damit stärker rückläufig als in Gesamthessen (7,2 Prozent). Dennoch blieben mit 134 Bewerber*innen fast zehn Prozent mehr Jugendliche als 2019 unversorgt.

Grund dafür ist der angesprochene besondere Charakter der Region: Im gesamten Agenturbezirk Kassel gab es zum 30.09.2020 noch ganze 13 offene Ausbildungsstellen. Dies bedeutet einen extrem geringen Anteil unbesetzter Stellen von 0,4 Prozent. Sprich: Obwohl Kassel einen vergleichsweise geringen Rückgang an Ausbildungsstellen hinnehmen musste, gibt es in der Region rechnerisch lediglich 82,8 Ausbildungsplatzangebote je 100 Ausbildungsplatznachfrager*innen – in ganz Deutschland mit seinen 156 Agenturbezirken gibt es ganze sieben weitere Bezirke mit einem noch größeren Angebotsdefizit.¹³ Naturgemäß sind dadurch Mismatches obsolet (Indexwert der Passungsprobleme von 7,0 ist der deutschlandweit niedrigste; zum Vergleich Hessen: 159,9), die Herausforderungen sind dadurch aber nicht kleiner (Bundesagentur für Arbeit 2020a; Oeynhausens u.a. 2020, 61).

Bei 699 im September 2020 noch weiter suchenden Ausbildungsinteressierten (134 davon ohne Alternative/unversorgt) auf rechnerisch 13 unbesetzten Stellen dürfte das Thema Nachvermittlung ein

¹³ Gleichzeitig weist die Stadt Kassel mit 65,3% den höchsten Anteil an Anfänger*innen im Zielbereich I Berufsabschluss aller hessischen Kreise auf (Hessisches Statistisches Landesamt, 78). Tendenziell könnte also eine erhöhte Nachfrage einen Teil zur Besonderheit beitragen, allerdings basiert dieser Wert auf dem Ort der Berufsschule. Kassel als Zentrum in Nordhessen zieht hier automatisch Auszubildende aus dem gesamten Umland an.

besonders herausforderndes sein. Dazu kommt, dass infolge der pandemiebedingten Schwierigkeiten in Branchen wie dem Hotel- und Gaststättengewerbe oder dem Einzelhandel gerade die Stellen zurückgegangen sein dürften, bei denen speziell Bewerber*innen mit Hauptschulabschluss in der Vergangenheit Chancen hatten. Ziel sollte also sein, dass insbesondere diese 134 Jugendlichen kein Jahr verlieren, sondern sich weiterentwickeln, um potenziellen eigenschaftsbezogenen Mismatches vorzubeugen und im nächsten, wie oben ausgeführt (noch) kompetitiveren Ausbildungsjahr eine Stelle finden.

Schließlich sollte nicht vergessen werden, dass Förderaktivitäten nicht nur auf der Nachfrageseite ansetzen können, sondern wie in Abschnitt 3 gezeigt, auch außerbetriebliche, vorwiegend öffentlich finanzierte Ausbildung die Angebotslandschaft stärken können. Wie im dritten Abschnitt gezeigt, existieren hier enorme regionale Disparitäten, an denen es anzusetzen gilt.

Aktivitäten:

Mit der Initiative „**Kassel sichert Ausbildung**“ (**KasA**) hat die Stadt Kassel in Zusammenarbeit mit der Stadtbild gGmbH (Tochter der städtischen Aus- und Fortbildungsgesellschaft JAFKA gGmbH) ein spezielles Programm entwickelt, um die Matching-Problematik anzugehen. Finanziert wird das Projekt mit 330.000 Euro aus dem Ausbildungs- und Qualifizierungsbudget des Landes Hessen und aus zusätzlichen Eigenmitteln der Stadt Kassel. Das Projekt ist dabei eingebunden in einen größeren Förderrahmen in Höhe von 1,3 Millionen Euro, mit denen „bis zu 15 zusätzliche Ausbildungsplätze für benachteiligte junge Menschen mit besonderem Förderbedarf, bis zu 105 Ausbildungs- und Berufsvorbereitungsplätze sowie bis zu 235 Plätze für geflüchtete beziehungsweise zugewanderte Menschen zur Verbesserung der Integrationschancen auf dem Arbeitsmarkt neu geschaffen bzw. weitergeführt und finanziell unterstützt werden“ (Stadt Kassel 2020). Ziel des Projekts ist es, Jugendlichen, die aufgrund der Corona-Pandemie trotz intensiver Bemühungen bisher keinen Ausbildungsplatz finden konnten, mit einem 12-monatigen Berufsvorbereitungskurs außerhalb eines Betriebes eine Ausbildung zu ermöglichen bzw. danach zu streben, diese in den Ausbildungsmarkt zu vermitteln. Dazu schließen sie einen sogenannten Qualifizierungsvertrag ab und erhalten eine Vergütung auf einem ähnlichen Niveau wie das Ausbildungsgehalt gelegen hätte. Die Jugendlichen sollen auf den angestrebten Wunschberuf vorbereitet werden und erste Teilqualifikationen erlangen, inhaltlich gibt es eine Orientierung am eigentlichen ersten Ausbildungsjahr – inklusive Besuches der Berufsschule.

Mit Hilfe von sozialpädagogischen Fachkräften soll den Teilnehmenden eine intensive Betreuung zuteilwerden, um den Berufseinstieg und das Bewerbungsverfahren zu unterstützen. Praxiserfahrungen werden niedrigschwellig durch Betriebspraktika ermöglicht – worüber auch Klebeeffekte erhofft werden. Durch die enge Kooperation mit den Akteuren der Arbeitswelt, namentlich mit der Handwerkskammer, der Industrie- und Handelskammer, der Arbeitsagentur, der Wirtschaftsförderung und Betrieben soll der Überblick für die suchenden Jugendlichen verbessert werden.

Als Zwischenstand lässt sich festhalten, dass im November fünf der 14 teilnehmenden Jugendlichen in einen Ausbildungsbetrieb ihrer Wahl integriert werden konnten – also schon weit vor dem ursprünglichen Zeitplan. Im März 2021 waren im Rahmen der berufsvorbereitenden Maßnahmen des Projektes neun der zehn verbliebenen Jugendlichen in einem Praktikum mit Aussicht auf einen Ausbildungsvertrag untergebracht (einer war zwischenzeitlich abgesprungen). In der bisherigen Projektlaufzeit hat sich gezeigt, dass digitale Angebote zwar grundsätzlich angenommen werden und funktionieren. Um von den Jugendlichen angenommen zu werden, benötigen sie aber erstens initiativ ein Einzelcoaching in Präsenz und zweitens erfordern sie mehr Initiative und kreative Ideen auf Seiten der Fachkräfte um mit den Jugendlichen im regelmäßigen Austausch zu bleiben und eine gute Verbindung aufrechtzuerhalten. Vor allem für eine erfolgreiche Berufsorientierung und die Herausbildung adäquater und realisierbarer Berufswünsche erweist sich die enge Begleitung als entscheidend. Die Betreuung durch KasA ist damit

allerdings nicht beendet, sondern wird fortgesetzt, um den potenziell angesammelten Rückstand im schulischen Bereich aufholen zu können.

Neben Angeboten der Stadt Kassel stellen die Handwerkskammer (HWK) Kassel, die Industrie- und Handelskammer (IHK) Kassel-Marburg sowie die Kasseler Agentur für Arbeit (AA) Maßnahmen bereit, um Jugendliche in ihrer Ausbildungsplatzsuche zu unterstützen. So bietet die HWK Kassel auf digitalem Wege Beratungen, z. B. Workshops für Eltern und Schüler*innen an. Die IHK Kassel-Marburg hat mit der Ausbildungsoffensive „Ausbildung 2020! Perfect Match #GemeinsamDurchstarten“ zum Ziel, möglichst allen Jugendlichen, die einen Ausbildungsplatz suchen, ein Angebot unterbreiten zu können. Auch hier liegt ein Fokus darauf, digitale Angebote auszuweiten. Zudem soll die durch die IHK, die HWK und die Arbeitsagentur Kassel implementierte, jährlich stattfindende „Woche der Ausbildung“ Orientierung für Jugendliche in der Coronakrise bieten. Vom 15. bis zum 19. März 2021 hat diese Woche erstmals ausschließlich digital stattgefunden.

5 Ausblick und Handlungsempfehlungen

Das vorliegende Papier bietet einen ersten Überblick über die Ausbildungslage in den Corona-Jahren 2020 und 2021. Dabei geht es sowohl um die quantitativen Angebots- und Nachfrageprobleme auf dem Ausbildungsmarkt im Allgemeinen als auch um die besonderen Probleme benachteiligter Gruppen und wie sie gelöst werden können, um diese in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Als Reaktion auf die Probleme in der Corona-Krise sind in der Förderlandschaft des Mehrebenensystems jenseits der bestehenden neue spezifische Programme und Zugänge entwickelt worden, mit denen die Akteure auf der Bundes-, Landes- und kommunalen Ebene auf diese Krise reagieren. Wichtig ist, dass die Maßnahmen nicht nur adäquat auf die kurzfristig durch die Pandemie entstandenen Herausforderungen reagieren. Die Nachwirkungen der Finanzkrise 2008/09 haben eindrücklich gezeigt, dass Einbrüche auf dem Ausbildungsmarkt noch viele Jahre nach der eigentlichen Krise nachwirken. Dies muss bei der Verlängerung und Weiterentwicklung von Maßnahmen zwingend mitgedacht werden.

Die wichtigsten Befunde hinsichtlich der Ausbildung in der Coronapandemie können so zusammengefasst werden:

- Deutlich weniger Jugendliche als noch 2019 haben 2020 eine Ausbildung begonnen (467.484 neue Ausbildungsverträge; 57.555 weniger als 2019; -11%). Erstmals wurden weniger als 500.000 Ausbildungsverträge abgeschlossen. Einerseits waren wesentlich weniger Jugendliche als noch im Vorjahr an einer Ausbildung interessiert (-8,9%). Andererseits sank die Ausbildungsbereitschaft von Betrieben ebenfalls um knapp 9% auf 527.400 angebotene Ausbildungsstellen.
- In Abgrenzung zu vergangenen Krisen ist ein wichtiger Sondereffekt zu beachten: Haben sich in der Vergangenheit Ausbildungsangebot und -nachfrage aufgrund des krisenhaft geringeren Angebots besser gefunden und so nur wenige unbesetzte Stellen offengelassen, sind die unbesetzten Stellen in der aktuellen Krise im Vergleich zum Vorjahr um 13 Prozent gestiegen.
- Grund für diesen Sondereffekt dürfte neben den ohnehin im Zeitverlauf größeren Passungsproblemen der spezifische Charakter der Krise sein. Durch die Eindämmungsmaßnahmen werden genau jene Ausbildungsplätze, etwa im Hotel- und Gastrobereich, gestrichen, die den schwieriger vermittelbaren Ausbildungsinteressierten am meisten helfen. Zudem fällt der Präsenzunterricht aus, Berufsorientierung und -beratung wird erschwert, digitale Zugänge sind nicht immer gegeben und durch den Wegfall von Praxis- und Kennenlernmöglichkeiten entstehen keine Klebeeffekte zwischen Jugendlichen und suchenden Betrieben. Damit ist das Hilffssystem zum Abgleich der Vorstellungen und besseren Kennenlernen zwischen Interessierten und Betrieben, aber auch zur Übersicht der Jugendlichen über die Vielfalt der Ausbildungsmöglichkeiten ausgefallen.

- Für Hessen gilt dies in zugespitzter Form. Bei zentralen Indikatoren der Ausbildungsstatistik, wie neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen, unversorgten Jugendlichen und Passungsproblemen, belegt das Land Plätze im letzten Drittel der Bundesländer. Dies ergibt sich dadurch, dass Hessen im Bundesländervergleich gerade in besonders betroffenen Wirtschaftszweigen (insbesondere Gastgewerbe und Verkehr & Lagerei) überproportional viele Beschäftigte und ohnehin bereits eine geringe Ausbildungsbetriebsquote aufweist.
- Die Übersicht der Fördermaßnahmen zeigt, dass es zahlreiche Bestrebungen auf Bundes-, Landes- sowie auf kommunaler Ebene gibt, möglichst vielen Jugendlichen trotz der coronabedingten Erschwernisse einen Ausbildungsstart zu ermöglichen. Bei der Implementierung wird jedoch eine zentrale Herausforderung deutlich: Die digitalen Angebote haben sich bisher nicht auf allen Seiten etablieren können. Zwar sind Akteure auf Seiten der Berufsberatung und -qualifizierung gewillt und bemüht, ihr digitales Angebot stetig auszubauen. Jedoch ist vor allem das Erreichen ohnehin benachteiligter Jugendlicher (z. B. jene ohne Zugang zu Endgeräten) zunehmend erschwert und benötigt mindestens in der initialen Phase Präsenzmöglichkeiten.¹⁴

Ausblick 2021

Ausbildungsnachfrage/Interessierte: Mit Blick auf das kommende Ausbildungsjahr ist davon auszugehen, dass sich die Folgen der Corona-Pandemie stark auf die Ausbildungsnachfrage bzw. das Ausbildungsinteresse von Jugendlichen auswirken werden. Bereits jetzt ist abzusehen, dass die vorhandenen Ungleichheiten in der Schulbildung durch die unterschiedlichen Zugangsmöglichkeiten zu digitalen Distanzlernangeboten weiter zunehmen werden. So ist zu befürchten, wenn nicht entschiedener gegengesteuert wird, dass benachteiligte Gruppen weiter den Anschluss verlieren werden. Insbesondere der häufige Wegfall der in Präsenz stattfindenden Berufsberatung-, und Orientierung, die gerade für Jugendliche mit und ohne Hauptschulabschluss, mit einem schlechten Schulabschluss und solche mit Migrationshintergrund wichtig sind, haben negative Auswirkungen auf die Arbeitsmarktchancen der schwachen Gruppen. Hinzu kommt, dass diejenigen Jugendlichen, die mangels Alternativen bzw. aufgrund antizipierter Unsicherheiten im Ausbildungssektor auf weiterführende Schulen oder ins Studium gegangen sind, sich 2021 doch noch für eine Ausbildung entscheiden könnten. Das würde bedeuten, dass im Ausbildungsjahr 2021 eine höherqualifizierte Nachfrage zu erwarten wäre.

Ausbildungsangebot: Auf Seiten der Ausbildungsbetriebe ist davon auszugehen, dass sich die Angebotsseite durch die anhaltenden Unsicherheiten eher weiter ausdünnen wird, es sei denn, es gelingt, in den kommenden Monaten Nachholeffekte zu erreichen. Demnach zeigten die Werte im Februar 2021, dass mit 385.100 gemeldeten betrieblichen Ausbildungsstellen knapp neun Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum gemeldet waren. Diese Zahlen sind vor allem deshalb alarmierend, weil in den vergangenen drei Jahren im Februar im Durchschnitt bereits etwa 80 Prozent aller betrieblichen Ausbildungsstellen des Berichtsjahres gemeldet waren. In Hessen zeichnet sich ein noch dramatischeres Bild: Im Vergleich zum Vorjahr ist die Anzahl der gemeldeten Stellen um 13 Prozent zurückgegangen (Deutschland: 9%). Nur das Saarland verbuchte einen noch stärkeren Rückgang an Ausbildungsstellen. Branchenbezogen wird die Verhinderung eines weiteren Absinkens des Ausbildungsniveaus insbesondere in den Ausbildungsberufen im Hotellerie- und Gastgewerbe eine große Herausforderung darstellen. Neben diesen Lockdown-bedingten Rückgängen sind auch überdurchschnittliche Stellenrückgänge in den in Hessen stark vertretenen technischen Berufen (Metallberufe, Kfz-Mechatroniker/-innen oder

¹⁴ Ein weiteres Paper im Rahmen des Projekts „Arbeitsweltberichterstattung Hessen“ wird sich dezidiert mit den Themen onlinebasiertes Distanzlernen, digitale Kompetenzen und dem Digital Divide beschäftigen.

Industriemechaniker/-innen) zu verzeichnen – dass sich hier neben Coronabezügen auch noch transformationsbedingte Folgen negativ auf das Angebot auswirken, wäre unbedingt zu verhindern (Bundesagentur für Arbeit 2021a, 5–8).

Die ebenfalls im Februar veröffentlichten, auf Betriebsbefragungen basierenden, IAB-Daten zeigen ein ähnliches Bild auf. Demnach planen 10 Prozent der ausbildungsberechtigten Betriebe im kommenden Jahr weniger Lehrstellen anzubieten oder ganz auf die Ausbildung zu verzichten. 7 Prozent haben von ihrem ursprünglichem Plan Abstand genommen, im Lehrjahr 2021/22 Lehrstellen anzubieten. Weitere 4 Prozent der Ausbildungsbetriebe reduzieren das Ausbildungsplatzangebot. Zurückhaltend sind vor allem kleinere Betriebe und Betriebe in besonders betroffenen Branchen. So wollen 28 Prozent der Befragten aus dem Gastgewerbe weniger oder gar keine Ausbildungsplätze besetzen, im verarbeitenden Gewerbe sind es 10 Prozent. 93 Prozent der ausbildungsberechtigten Betriebe, die ihr Ausbildungsengagement zurückfahren wollen, begründeten dies mit unsicheren Geschäftserwartungen; 71 Prozent nannten finanzielle Gründe. Es lässt sich schlussfolgern, dass es vielen Ausbildungsbetrieben – vor allem in den vom Lockdown besonders betroffenen Bereichen – derzeit schwerfällt, ihr bisheriges Ausbildungsengagement aufrechtzuerhalten. Dieses Verhalten könnte dazu führen, dass ihnen mittel- bis langfristig genau deswegen Fachkräfte fehlen (IAB-Forum 2021c).

Insgesamt lässt sich sagen, dass der Ausbildungsmarkt im Jahr 2021 als hochkompetitiv zu erwarten ist. Die eine Gruppe ist höherqualifiziert oder hat im vergangenen Jahr, statt sich direkt auf den Ausbildungsmarkt zu wagen, durch den Besuch einer weiterführenden Schulform an ihrer Höherqualifizierung gearbeitet. Hier wird um die hochattraktiven Ausbildungsstellen konkurriert. Der Informationsstand hinsichtlich möglicher interessanter, aber weniger bekannter Alternativen ist unterentwickelt. Denn: je höher die formale Schulbildung, desto geringer die Zufriedenheit mit der schulischen Berufsorientierung (Barlovic/Ullrich/Wieland 2021, 18). Die Gruppe der geringer formal gebildeten Jugendlichen konnte diesen Nachteil nicht durch potenziell überzeugende Praxis skills wettmachen, denn sie konnte diese keinem Betrieb gegenüber zeigen. Zugleich fallen gerade in den für diese Jugendlichen relevanten Ausbildungsberufen Lockdown-bedingt mehr Stellen weg. Weniger Stellen, die allgemein schwierigere Schulsituation und seltenere Chancen, eigenschaftsbezogene Mismatches zu vermeiden – es ist zu erwarten, dass Schulabgänger*innen mit geringerem Abschluss zunehmend schlechtere Chancen haben.

Was tun? Mit der Anpassung, Weiterentwicklung und Erhöhung der Fördergelder beim Bundesprogramm "Ausbildungsplätze sichern" ist ein erster Schritt getan, um zu verhindern, dass die Kriseneffekte wie nach der Finanzkrise 2008/09 zu negativen strukturellen Folgen für die Auszubildenden und den Ausbildungsmarkt führen. Gleichzeitig stehen den Bundesländern im Zuge des Programms „React-EU“ zusätzliche Gelder von rund 2,4 Mrd. Euro über die EU-Investitionsfonds auch für Beschäftigungsmaßnahmen für junge Menschen bereit. (Bundesministerium für Wirtschaft und Energie 2020). Was sind also aus unserer Sicht weitere Aspekte, die anzugehen sind, um die Fachkräftesicherung in der aktuellen Situation zu stabilisieren und nachhaltig zu entwickeln?

Priorität 1 hat natürlich die Aufrechterhaltung des Ausbildungsplatzniveaus und damit der Ausbildungsquote. Mit Blick auf die Zahlen ist aber dringend über zusätzliche Förderprogramme auf Seiten der Ausbildungsinteressierten nachzudenken und das Thema der Ausbildungsgarantie (siehe unten) auf die Agenda zu setzen. Auch eine Stärkung der Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen sollte adressiert werden. Die Prognosen und ersten Daten aus dem Februar 2021 zeigen, dass das Ausbildungsangebot nochmal geringer ausfallen könnte und damit zwangsläufig viele Jugendliche keine Ausbildung beginnen würden. Mit dem Wissen um die Langzeiteffekte einer fehlenden Ausbildung für die Arbeitsmarktperspektiven – und um die Stand März 2021 verdoppelten Zahlen junger Langzeitarbeitsloser – gilt es, Alternativen zu schaffen. Damit gerät das Individuum in den Mittelpunkt.

In einem Jahr, das durch das Wegfallen von Messen, Berufspraktika und anderen Kennenlernangeboten in Präsenz wie auch einer nur eingeschränkten Berufsorientierung geprägt war, kommt der schnellstmöglichen Normalisierung dieses Bereichs eine hohe Relevanz zu. Nachhol- und Ergänzungseffekte sollten durch weitere Kommunikationsinstrumente anvisiert werden. Eine Stärkung und Erweiterung des hessischen Kampagnenportals „Von A zu B – Duale Berufsausbildung in Hessen“ wäre ebenfalls anzudenken, um aktuelle Suchprozesse von ausbildungsinteressierten Jugendlichen intensiver zu unterstützen. Ziel muss insbesondere sein, die Passungsprobleme zwischen unbesetzten Stellen und unversorgten Bewerber*innen zu beheben und einen Fokus auf Mangelberufe zu legen.

Eine Forderung nach dem Modell der Ausbildungsgarantie stellt die IG Metall (2021, 21) auf. Ein solches Konzept wird seit mehr als 10 Jahren in Österreich praktiziert. Ähnlich wie bei dem aus Kassel vorgestellten Programm „Kassel sichert Ausbildung“ (KasA) soll ein System geschaffen werden, in dem die Ausbildung für unversorgte Jugendliche zunächst in Berufsschulen und Bildungseinrichtungen beginnen soll, bis Betriebe gefunden werden, welche die Jugendlichen übernehmen. So könnten die betroffenen Jugendlichen trotz des rückläufigen Stellenangebots an ihrer Qualifizierung arbeiten, mögliche Passungsprobleme im direkten Kontakt mit den Betrieben ausräumen und im Falle einer anziehenden Konjunktur in entsprechend Bedarfe entwickelnde Unternehmen wechseln.¹⁵

Mit dem „Schutzschirm für Ausbildungssuchende“ gibt es für die Zielgruppe der benachteiligten Jugendlichen, die noch unversorgt auf der Suche nach einem Ausbildungsplatz sind, ein Programm der hessischen Landesregierung. Jugendliche zu begleiten, sie mit berufsorientierenden oder ausbildungsvorbereitenden sowie -begleitenden Maßnahmen zu unterstützen sowie die bestehenden Angebote des Regel-Instrumentariums zu komplementieren. Ausstehend ist erstens, wie breit dieses genutzt wird und damit seine notwendige Zieladressierung auch in die Fläche tragen kann. Damit verbunden stellt sich zweitens die Frage, inwiefern die Angebote vor Ort bei den Jugendlichen ankommen. Ebenso wichtig wäre, dass die unzureichende Datenlage zur psycho-sozialen Lage der unversorgten Jugendlichen abgebaut wird. Wie steht es um Belastungs- und Resignationsprozesse? Wo haben kommunale, vorbeugend wirkende Hilfssysteme im vergangenen Jahr den Kontakt verloren? Dort sind weitere Studien und die Intensivierung der örtlichen sozialraumorientierten Angebote dringend nötig.

Um eine mögliche Lücke zwischen eigentlich unversorgten Bewerber*innen und deren Teilnahmebereitschaft in auf diese zugeschnittenen Förderprojekten zu schließen, ist eine bessere integrierte Zusammenarbeit der Arbeitsmarkt- und Sozialakteure vor Ort zu adressieren. Insbesondere die Schnittstellen zwischen kommunaler Arbeitsmarktförderung, Jobcenter und Arbeitsagentur bis hin zur Kinder- und Jugendhilfe sollten in den Blick genommen werden. Die rechtskreisoffene Anlage des „Schutzschirm für Ausbildungssuchende“ in Hessen lädt dazu ein, aber eine noch stärkere Fokussierung auf solche Austauschformate – möglicherweise bereits in der Ausschreibung und den Kriterien zur Förderbewilligung – könnte diesen Punkt stärken.

Für unversorgte, geringqualifizierte Jugendliche sollte zudem der Experimentierparagraph 16h im SGB II stärker genutzt werden, der es Jobcentern und Jugend-/Schulämtern erlaubt, unkomplizierte Maßnahmen umzusetzen, die sich schwer erreichbarer Jugendlicher annehmen. Bisher ist Hessen im Bundesländervergleich noch unterdurchschnittlich aufgestellt. IAB-Daten zeigen, dass das Land, gemessen an der Anzahl der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten unter 25, eine im Ländervergleich geringe Anzahl an Projekten aufweist (Promberger/Klingert/Nivorozhkin 2020).

¹⁵ Die Finanzierung soll dabei durch einen Landesfonds von ausbildenden sowie nicht ausbildenden Betrieben getragen werden. Dadurch würden ausbildende Betriebe im Wettbewerb zu nicht ausbildenden nicht mehr benachteiligt, was gleichbedeutend mit einem Anreiz zur Ausbildung wäre. Ein ähnliches Konzept hat sich in Nordrhein-Westfalen bereits im Pflegebereich bewährt und könnte langfristig auch die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe in anderen Bereichen gewährleisten.

Schließlich sollte die Krise aber auch über die Behebung von kurzfristigen Problemen hinaus initiativ genutzt werden. Die Transformation der Arbeitswelt produziert Unsicherheiten, die schon bei der Ausbildungssuche Spuren hinterlässt. Welcher Beruf, welche Branche ist noch zukunftsträchtig, wo riskiere ich, schon bald zum Auslaufmodell zu werden? Das sind keine theoretischen Diskussionen, sondern beschäftigt die Jugendlichen bereits heute, leitet Interessen und verhindert teilweise Wege in die Ausbildung. In dieser Diskussion finden sich zugleich regionale Implikationen wieder. Die Berufswahl ist regional sehr unterschiedlich und folgt eingetretenen Pfaden je nach vorherrschender Wirtschaftsstruktur. Je nach Zukunftspotenzial dieser regionalen Strukturen müsste in bestimmten Regionen besonders intensiv für Alternativ-Berufe geworben werden.

Bezüglich der Transformationsproblematik produzieren die Maßnahmen eine noch schwerwiegendere Gefahr: Die Aktivitäten sind krisenbedingt sehr jetzt-bezogen. Die politischen Impulse fördern bei den Betrieben – notwendigerweise – ein Weiter-so. Hier könnten also Mitnahmeeffekte enormen Ausmaßes auf Kosten – genauso notwendiger – unternehmerischer Zukunftsorientierung generiert werden. Wie die Ausbildungsinteressierten sollten auch die Betriebe darüber nachdenken, welche Berufe in ihren Zukunftsplänen benötigt werden bzw. welchen Geschäftsmodellen die Zukunft gehören. Dieser Prozess wird zurzeit ausgebremst. Nachzudenken wäre also über eine Art Transformationsagentur, die sich dediziert solchen Überlegungen widmet. Diese könnte beispielsweise an die Houses-of-Strategie¹⁶ der Landesregierung angedockt werden und so in bereits bestehende Netzwerke eingegliedert werden. So wäre es möglich, gleichzeitig die Ausbildungskapazität der dualen Ausbildung abzusichern wie auch die dringend notwendigen Transformationsaktivitäten der Wirtschafts- und Arbeitswelt weiter anzuschieben.

¹⁶ Das Land Hessen unterstützt Innovationen in wichtigen hessischen Wirtschaftsbereichen durch branchenspezifische Kompetenzzentren zusammen mit Unternehmen und Hochschulen unter dem Markennamen „House of“.

Literatur

- Allianz für Aus- und Weiterbildung (2021): Allianz für Aus- und Weiterbildung 2019–2022. Gemeinsame Aktion der Allianz für Aus- und Weiterbildung zur Stärkung von Ausbildungsbetrieben und jungen Menschen in der Corona-Pandemie. «<https://www.dgb.de/presse/++co++8185de32-870f-11eb-b996-001a4a160123>» (24.03.2021).
- Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2020): Bildung in Deutschland 2020. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Bildung in einer digitalisierten Welt. «<https://www.bildungsbericht.de/de/bildungsberichte-seit-2006/bildungsbericht-2020/pdf-dateien-2020/bildungsbericht-2020-barrierefrei.pdf>» (31.01.2021).
- Baethge, Martin (2017): Alte und neue soziale Ungleichheiten in der Beruflichen Bildung. «<https://www.bpb.de/gesellschaft/bildung/zukunft-bildung/251708/soziale-ungleichheit>» (26.01.2020).
- Baethge, Martin/Wieck, Markus (2015): Wendepunkt in der deutschen Bildungsgeschichte. Neue Konstellation zwischen Berufsausbildung und Hochschulstudium. In: Mitteilungen aus dem SOFI 9(22). «http://www.sofi-goettingen.de/fileadmin/Publikationen/Mitteilungen_aus_dem_SOFI_22.pdf», S. 2–6.
- Barlovic, Ingo/Ullrich, Denise/Wieland, Clemens (2021): Ausbildungsperspektiven im zweiten Corona-Jahr. Eine repräsentative Befragung von Jugendlichen 2021. «https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/2021_Jugendbefragung_Corona.pdf» (07.05.2021).
- Beicht, Ursula/Granato, Mona (2009): Übergänge in eine berufliche Ausbildung. Geringere Chancen und schwierige Wege für junge Menschen mit Migrationshintergrund ; Expertise des Gesprächskreises Migration und Integration der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Bellmann, Lutz/Fitzenberger, Bernd/Gleiser, Patrick u.a. (2020): Betriebliche Ausbildung trotz Erschwernissen in der Covid-19-Krise robuster als erwartet. «<https://www.iab-forum.de/betriebliche-ausbildung-trotz-erschwerenissen-in-der-covid-19-krise-robuster-als-erwartet/?pdf=18900>».
- Bertelsmann Stiftung (2019a): Ländermonitor berufliche Bildung 2019. Zusammenfassung der Ergebnisse. «https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/13_Chance_Ausbildung/Laendermonitor_Zusammenfassung_2019.pdf» (13.12.2020).
- Bertelsmann Stiftung (2019b): Ländermonitor berufliche Bildung 2019. Länderbericht Hessen. «https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/13_Chance_Ausbildung/Laendermonitor_2019/Laenderberichte/LMBB_2019_Hessen.pdf» (04.02.2021).
- Berzel, Alexander/Schroeder, Wolfgang (2021): Homeoffice in Hessen – zwischen arbeitskultureller Transformation und notwendiger Gestaltung. Policy Paper – Arbeitsweltberichterstattung Hessen. Kassel: i3-Diskussionspapiere.
- Bundesagentur für Arbeit (2020a): Arbeitsmarkt im Fokus (Dezember). Hessen, Kreise und Agenturen für Arbeit.
- Bundesagentur für Arbeit (2020b): Arbeitsmarkt kompakt (Oktober). Situation am Ausbildungsmarkt. «https://statistik.arbeitsagentur.de/DE/Statischer-Content/Statistiken/Fachstatistiken/Ausbildungsmarkt/Generische-Publikationen/AM-kompakt-Situation-Ausbildungsmarkt.pdf?__blob=publicationFile&v=6» (05.03.2021).
- Bundesagentur für Arbeit (2020c): Blickpunkt Arbeitsmarkt: Situation am Ausbildungsmarkt. November 2020. «https://statistik.arbeitsagentur.de/DE/Statischer-Content/Statistiken/Fachstatistiken/Ausbildungsmarkt/Generische-Publikationen/Blickpunkt-Arbeitsmarkt-Ausbildungsmarkt.pdf?__blob=publicationFile&v=7» (07.05.2021).

- Bundesagentur für Arbeit (2021a): Arbeitsmarkt kompakt (Februar). Bundesprogramm „Ausbildungsplätze sichern“. <https://statistik.arbeitsagentur.de/DE/Statischer-Content/Statistiken/Themen-im-Fokus/Corona/Generische-Publikationen/AM-kompakt-Bundesprogramm-APS.pdf?__blob=publicationFile&v=1> (12.03.2021).
- Bundesagentur für Arbeit (2021b): Langzeitarbeitslosigkeit (Monatszahlen). Deutschland, Länder, Regionaldirektionen und Agenturen für Arbeit. 3. Langzeitarbeitslosigkeit und Langzeitleistungsbezug auf einen Blick. Rechtskreis insgesamt. <https://statistik.arbeitsagentur.de/Statistikdaten/Detail/202103/langzeitarbeitslosigkeit/langzeitarbeitslosigkeit/langzeitarbeitslosigkeit-dlrdaa-0-202103-xlsm.xlsm?__blob=publicationFile&v=1> (23.04.2021).
- Bundesagentur für Arbeit (2021c): Tabellen: Bundesprogramm Ausbildungsplätze sichern (Monatszahlen). 2.1 Bundesprogramm Ausbildungsplätze sichern: Anzahl der Betriebe nach Art der Prämie. <https://statistik.arbeitsagentur.de/SiteGlobals/Forms/Suche/Einzelheftsuche_Formular.html?nn=20726&topic_f=ausbildungsplaetze-sichern-aps> (12.03.2021).
- Bundesinstitut für Berufsbildung (2015): BIBB-Analyse zum Erfolg bei der Lehrstellensuche. Über persönliche Kontakte zum Ausbildungsplatz. <https://www.bibb.de/de/pressemitteilung_37106.php> (31.01.2021).
- Bundesinstitut für Berufsbildung (2019): Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2019. Informationen und Analysen zur Entwicklung der beruflichen Bildung. Bonn: Bundesinstitut für Berufsbildung.
- Bundesinstitut für Berufsbildung (2020a): Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2020. Informationen und Analysen zur Entwicklung der beruflichen Bildung. Bonn: BBIB.
- Bundesinstitut für Berufsbildung (2020b): Pressemitteilung: Pandemie lässt Ausbildungsmarkt nicht unberührt. Elf Prozent weniger Ausbildungsverträge in 2020. <<https://www.bibb.de/dokumente/pdf/pmausbildungsmarktbilanz2020.pdf>> (18.12.2020).
- Bundesinstitut für Berufsbildung (2020c): Tabelle A7.1-7 Internet: Betriebe, Ausbildungsbetriebe und Ausbildungsbetriebsquoten 2012, 2017 und 2018 nach Bundesländern. <https://www.bibb.de/dokumente/pdf/a2_tab_a7_1-7_Internet_2020.pdf> (10.03.2021).
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (k.A.): Eckpunkte für ein Bundesprogramm „Ausbildungsplätze sichern“. <https://www.bmbf.de/files/131_20_Eckpunkte_Ausbildung_sichern_An-sicht02.pdf> (12.03.2021).
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (2020a): Berufliche Bildung punktet im internationalen Vergleich. <[https://www.bmbf.de/files/147_20_Handout_Hintergrundpapier%20\(002\).pdf](https://www.bmbf.de/files/147_20_Handout_Hintergrundpapier%20(002).pdf)> (07.02.2021).
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (2020b): Berufsbildungsbericht 2020.
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (2021a): Breiterer Schuttschirm für Ausbildungsplätze.
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (2021b): Partner der Allianz für Aus- und Weiterbildung beschließen „Gemeinsame Aktion zur Stärkung von Ausbildungsbetrieben und jungen Menschen in der Corona-Pandemie“.
- Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2020): Verhandeln für eine erfolgreiche EU-Kohäsionspolitik. <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Downloads/Monatsbericht/Monatsbericht-Themen/2020/2020-12-erfolgreiche-eu-kohaesionspolitik.pdf?__blob=publicationFile&v=6> (10.05.2021).
- DEHOGA Bundesverband (2021): Die Ausbildung in Hotellerie und Gastronomie leidet massiv unter der Corona-Pandemie. <<https://www.dehoga-corona.de/aus-weiterbildung/>> (07.05.2021).
- Dohmen, Dieter/Hurrelmann, Klaus/Yelubayeva, Galiya (2021): Kein Anschluss trotz Abschluss?! Benachteiligte Jugendliche am Übergang in Ausbildung. Studie des FiBS in Kooperation mit der Akademie für Innovative Bildung und Management (aim). FiBS-Forum Nr. 76.

- «https://www.fibs.eu/fileadmin/dev/FiBS-Forum_076_Generation_Corona_210322_final_mit_Deckblatt.pdf» (14.04.2021).
- Eckelt, Marcus (2019): Passungsprobleme – wenn Angebot und Nachfrage immer weniger zueinander passen. «<https://blog.aus-und-weiterbildung.eu/passungsprobleme-wenn-angebot-und-nachfrage-immer-weniger-zueinander-passen/>» (30.12.2020).
- Elsholz, Uwe/Jaich, Roman/Neu, Ariane (2018): Folgen der Akademisierung der Arbeitswelt. Wechselwirkungen von Arbeits- und Betriebsorganisation, betrieblichen Qualifizierungsstrategien und Veränderungen im Bildungssystem. Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung.
- Fitzenberger, Bernd (2020): In der Covid-19-Rezession muss auch die duale Berufsausbildung abgesichert werden. «<https://www.iab-forum.de/in-der-covid-19-rezession-muss-auch-die-duale-berufsausbildung-abgesichert-werden/>» (19.11.2020).
- Flohr, Matthias/Menze, Laura/Protsch, Paula (2020): Berufliche Aspirationen im Kontext regionaler Berufsstrukturen. In: KZfSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 72(S1), S. 79–104.
- Handelsblatt (2021): Zahl der Schulabbrecher könnte sich verdoppeln. Die Jugendämter in Deutschland warnen vor einer höheren Zahl an Schulabbrechern aufgrund der Corona-Krise. In: Handelsblatt. «<https://www.handelsblatt.com/dpa/bildung-zahl-der-schulabbrecher-koennte-sich-verdoppeln/27105650.html?ticket=ST-2334439-vKqRwV77f45Eq9ra9qQF-ap4>» (23.04.2021).
- Hans-Böckler-Stiftung (2019): Frauen und Männer in den 25 häufigsten Ausbildungsberufen 2019. WSI GenderDatenPortal: Bildung. «<https://www.wsi.de/de/bildung-14616-frauen-und-maenner-in-den-25-haeufigsten-ausbildungsberufen-14822.htm>».
- Hessisches Ministerium für Soziales und Integration (2020): Zusätzliche Förderangebote im Rahmen des „Ausbildungs- und Qualifizierungsbudgets“: „Schutzschirm für Ausbildungssuchende“ und „Brückenqualifizierung für Frauen“. Aufruf zur Konzepteinreichung bis zum 14. September 2020. «https://rp-kassel.hessen.de/sites/rp-kassel.hessen.de/files/F%C3%B6rderaufruf_Zusatzmittel_AQB_0.pdf» (11.03.2021).
- Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen (2020): Ausbildungsförderung während der Corona-Pandemie. Förderprogramme des Landes Hessen und des Bundes. «<https://wirtschaft.hessen.de/wirtschaft/corona-info/ausbildungsfoerderung-waehrend-der-corona-pandemie>» (19.11.2020).
- Hessisches Statistisches Landesamt: Integrierte Ausbildungsberichterstattung für Hessen. Ergebnisbericht 2020. «https://statistik.hessen.de/sites/statistik.hessen.de/files/iABE_Ergebnisbericht_2020_web.pdf» (11.03.2021).
- IAB-Forum (2020): Warum der coronabedingte Anstieg der Arbeitslosigkeit in manchen Regionen deutlich höher ausfällt als in anderen. «<https://www.iab-forum.de/warum-der-coronabedingte-anstieg-der-arbeitslosigkeit-in-manchen-regionen-deutlich-hoehler-ausfaellt-als-in-anderen/?pdf=18091>» (18.10.2020).
- IAB-Forum (2021a): Der Abiturjahrgang 2021 in Zeiten von Corona: Zukunftssorgen und psychische Belastungen nehmen zu. «<https://www.iab-forum.de/der-abiturjahrgang-2021-in-zeiten-von-corona-zukunftssorgen-und-psychische-belastungen-nehmen-zu/?pdf=21231>» (10.05.2021).
- IAB-Forum (2021b): Ergebnisse aus Welle 7 der Studie "Betriebe in der Covid-19-Krise" // 12. Januar 2021. Aktuelle Daten und Indikatoren. Betroffenheit der Betriebe vom Nachfragerückgang im Dezember nach Branchen. «http://doku.iab.de/arbeitsmarktdaten/ADuI_BeCovid_W7.xlsx» (11.03.2021).
- IAB-Forum (2021c): Jeder zehnte ausbildungsberechtigte Betrieb könnte im kommenden Ausbildungsjahr krisenbedingt weniger Lehrstellen besetzen. «<https://www.iab-forum.de/jeder-zehnte>

- ausbildungsberechtigte-betrieb-koennte-im-kommenden-ausbildungsjahr-krisenbedingt-weniger-lehrstellen-besetzen/» (30.03.2021).
- IG Metall (2021): Ausbildungsbilanz 2020. Eine Analyse der IG Metall. «https://wap.igmetall.de/docs_20210316_IGM___Ausbildungsbilanz_2020_40cea7f9623dea3faaf9a870c41e5c217d5ef5da.pdf» (14.04.2021).
- Industrie- und Handelskammer Kassel-Marburg (o.J.): Studienzweifler– Zielgruppe für Fach- und Führungskräfte suche. Angebot der IHK Kassel-Marburg. «<https://www.ihk-kassel.de/hauptnavigation/ausbildung-und-weiterbildung/ausbildung/ausbildung-abc/studienabbruch-4082210>» (10.03.2021).
- Kohlmeier, Klaus (2019): Berlin braucht dich!: Erprobung neuer Zugänge in die Ausbildung. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis (BWP) 48(1). «<https://lit.bibb.de/vufind/Record/DS-183288>» (10.02.2021), S. 30–31.
- Kreditanstalt für Wiederaufbau (2018): Mittelstand stemmt größten Teil der Berufsausbildung in Deutschland. «https://www.kfw.de/KfW-Konzern/Newsroom/Aktuelles/Pressemitteilungen-Details_485440.html» (10.02.2021).
- Kultusministerkonferenz (2020): Vorausberechnung der Schüler- und Absolventenzahlen 2019 bis 2030.
- Maier, Tobias (2020): Auswirkungen der "Corona-Krise" auf die duale Ausbildung. Risiken, Konsequenzen und Handlungsnotwendigkeiten. «<https://lit.bibb.de/vufind/Record/DS-184938>» (19.11.2020).
- Matthes, Stephanie/Eberhard, Verena/Gei, Julia u.a. (2016): Junge Geflüchtete auf dem Weg in Ausbildung. Ergebnisse der BA/BIBB-Migrationsstudie 2016. «[file:///C:/Users/pagel/Downloads/5ad5fa02f0cb1_FBI_BA_BIBB-Migrationsstudie%202016_17042018_urn%20\(1\).pdf](file:///C:/Users/pagel/Downloads/5ad5fa02f0cb1_FBI_BA_BIBB-Migrationsstudie%202016_17042018_urn%20(1).pdf)» (10.02.2021).
- Milde, Bettina/Ulrich, Joachim Gerd/Flemming, Simone u.a. (2020): Die Entwicklung des Ausbildungsmarktes im Jahr 2019: weniger Ausbildungsverträge als Folge sinkender Angebots- und Nachfragezahlen. Analysen auf Basis der BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 30. September 2019 und der Ausbildungsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit (BA) (23.11.2021).
- Neugebauer, Martin/Heublein, Ulrich/Daniel, Annabell (2019): Studienabbruch in Deutschland: Ausmaß, Ursachen, Folgen, Präventionsmöglichkeiten. In: Zeitschrift für Erziehungswissenschaft 22(5), S. 1025–1046.
- Nida-Rümelin, Julian (2014): Der Akademisierungswahn. Zur Krise beruflicher und akademischer Bildung. s.l.: edition Körber-Stiftung.
- Oeynhausens, Stephanie/Milde, Bettina/Ulrich, Joachim Gerd u.a. (2020): Die Entwicklung des Ausbildungsmarktes im Jahr 2020. Analysen auf Basis der BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge und der Ausbildungsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit zum Stichtag 30. September. «https://www.bibb.de/dokumente/pdf/ab11_beitrag_ausbildungsmarkt-2020.pdf» (10.03.2021).
- Optimierung der lokalen Vermittlungsarbeit im Übergang Schule – Beruf (2020): Schutzschirm für Ausbildungssuchende: 35 Projekte unterstützen Jugendliche. «<https://www.olov-hessen.de/service/aktuelles/detailansicht/schutzschirm-fuer-ausbildungssuchende-35-projekte-unterstuetzen-jugendliche.html>» (11.03.2021).
- Promberger, Markus/Klingert, Isabell/Nivorozhkin, Anton (2020): Einbeziehung schwer zu erreichender junger Menschen in die Grundsicherung – eine Erfolgsgeschichte? «[---

Seite 36

---](https://www.iab-</p></div><div data-bbox=)

forum.de/einbeziehung-schwer-zu-erreichender-junger-menschen-in-die-grundsicherung-eine-erfolgs-geschichte/» (26.03.2021).

Schneider, Jan/Yemane, Ruta/Weinmann, Martin (2014): Diskriminierung am Ausbildungsmarkt. Ausmaß, Ursachen und Handlungsperspektiven. «https://www.svr-migration.de/wp-content/uploads/2014/03/SVR-FB_Diskriminierung-am-Ausbildungsmarkt.pdf» (06.02.21).

Stadt Kassel (2020): Kassel sichert Ausbildung: Lehrstelle für fünf Jugendliche. Pressemitteilung vom 19.11.2020. «<https://www.kassel.de/pressemitteilungen/2020/november/kassel-sichert-ausbildung.php>» (27.11.2020).

Statista (2021): Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts in Deutschland von 2007 bis 2019 und Prognose des ifo-Instituts bis 2022. «<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/73760/umfrage/entwicklung-des-realen-bip-in-deutschland-bis-2011/>» (09.02.2021).